Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 8gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mk. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juni. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837.

Einzelnummer 200 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 110. | Montag, den 14. Mai 1923. | 5. Jahrgang.

Für das Bündnis mit Sowjetrußland!

Gegen einen neuen Ueberfall auf Sowjetrußland, gegen die Morde der Faszisten an Arbeitervertretern, gegen die Konterrevolution!

Sturmzeichen

Die auf den 20. Mai anberaumte Tagung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale ist bis zum 10. Juni vertagt worden. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es, daß Ereignisse eingetreten sind, die die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe rücken, und daß daher alle Führer unserer Parteien auf ihrem Posten verharren müssen, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Welches sind die Anzeichen, die das Schwingen der Alarmglocke rechtfertigen?

Das englische Ultimatum an Sowjetrußland mit dem unverhüllten Willen, den Bruch herbeizuführen. Die Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach der Murmanküste und eines anderen Regierungsschiffes nach dem Schwarzen Meer. Die Versorgung russischer Weißgardisten mit Geld und Waffen. Die Reise des englischen Generalstabschefs nach Polen und Rumänien.

Der Aufenthalt Marschalls Foch in Warschau und Prag.

Der darauf erfolgte Abbruch der Verhandlungen Polens in Danzig.

Die Ermordung Worowskis in Lausanne.

Die sich hinausziehende Liquidierung des Ruhrabenteuers, die die Möglichkeit von verschiedenen Komplikationen in sich birgt.

Die Arbeiterklasse muß in allen Ländern auf der Lauer sein. Keine Stunde ist zu verlieren. Um sie, nicht um einen Staat, der Sowjetrußland heißt, geht es. Die englischen Arbeiter hatten es sofort erkannt: eine seit Jahren nicht dagewesene Erregung hat sie ergriffen.

Auch andere — außerhalb der Kommunistischen Internationale — haben es erkannt: der Internationale Transportarbeiterverband, dessen Führer Fimmen ist, ruft für den 23. Mai nach Berlin, gemeinsam mit den russischen Transportarbeitern eine Tagung ein.

Parallel mit den schwerwiegenden außenpolitischen Ereignissen verschärft sich die politische Lage in allen Ländern. Wir gehen großen, vielleicht entscheidenden Kämpfen entgegen.

Daß in diesen Kämpfen auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse entschieden wird, liegt auf der Hand.

Daß von ihrer Haltung, von ihrem Handeln, von ihrem Kampfeswillen, von ihrer Kampfesfähigkeit vieles abhängt, ist ebenso klar.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die englische Regierung hat eine Note an Sowjetrußland gesandt, in der mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht wird. Curzon, der Unterdrücker der britischen Arbeiterklasse und der Kolonialvölker, will den Krieg gegen das proletarische Rußland.

Die englische Regierung sendet bewaffnete Schiffe in russische Gewässer. Sie sendet ihren Generalstabschef nach Warschau, um die polnische Armee für den Krieg gegen Sowjetrußland zu organisieren. Sie bereitet planmäßig eine neue Intervention vor, die Sowjetrußland mit Krieg überziehen, seine Ernten vernichten und durch die Zerstörung des stärksten Bollwerks des Proletariats die Arbeiterklasse Europas grenzenloser Versklavung und Ausbeutung durch die imperialistischen Räuberstaaten ausliefern soll.

In der Schweiz ermorden die faszistischen Horden den Vertreter Sowjetrußlands zur Lausanner Konferenz, den Genossen Worowski.

Die Schweizer Regierung, die von den Vorbereitungen der Mörder Kenntnis hatte, tat nichts, um den Vertreter Sowjetrußlands zu schützen. Sie ließ den Mörderbanden und ihrem Vorhaben freien Lauf.

Die britischen Imperialisten, deren Hände vom Blut der erschlagenen und hingerichteten Revolutionäre Irlands, Aegyptens, Südafrikas und Indiens triefen, haben durch die Hetze gegen Sowjetrußland erst den Boden für diese ruchlose Tat vorbereitet.

Poincare überzieht Deutschland mit neuem Krieg. Die Imperialisten aller Länder rüsten zu neuen Schandtaten.

Die Faszistenbanden in Deutschland organisieren planmäßig den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse, damit sie gefesselt daliegt, wenn der Moment kommt, wo ihre Haut an die Kapitalisten Frankreichs verschachert wird.

Die bayrische Regierung verhängt den Ausnahmezustand gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, gegen die „Gefahren von links".

Der Reichstag nimmt ein Gesetz an, das die Versammlungen der Faszisten besonders schützt.

Sozialdemokraten und Bürgerliche werfen die kommunistischen Abgeordneten aus dem Parlament. Sie bereiten gemeinsam den Boden für den Sieg der Reaktion vor.

Demonstriert in einheitlicher Kampffront

gegen die Gefahr des neuen Ueberfalls auf Sowjetrußland,
gegen den Mord an dem Genossen Worowski,
gegen die Verschacherung des Ruhrgebiets,
gegen den deutschen und internationalen Faszismus.

Kämpft gemeinsam

für den Sturz der bürgerlichen Regierung,
für die Bildung einer Arbeiterregierung,
für das Bündnis mit Sowjetrußland

Es lebe die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats!

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Komm. Internationale)

Berlin, 11. Mai 1923.

Die englische Note an Deutschland

Cuno soll ein neues Angebot machen!

WTB. London, 13. Mai.

Die heute überreichte, von Lord Curzon unterzeichnete englische Antwortnote erklärt, daß die englische Regierung die deutschen Vorschläge sorgfältig prüfte, da sie an dem deutschen Schritt infolge der von ihr ergangenen Anregung ein besonderes Interesse habe. Die Vorschläge seien eine große Enttäuschung, die die deutsche Regierung nach Ansicht Curzons hätte voraussehen müssen. Sie entsprächen weder der Form noch dem Inhalt, nach dem, was vernünftigerweise als Antwort auf den bei mehr als einer Gelegenheit erteilten englischen Rat hätte erwartet werden können. Die von Deutschland angebotene Summe liege weit unter dem mäßigen Betrage, der die Grundlage des britischen Zahlungsplanes vom letzten Januar bildete. Die Zahlung dieser unzulänglichen Summe werde von internationalen Anleihen abhängig gemacht, deren Ergebnis unter den kundgebenden Bedingungen in weitem Umfange ungewiß sei. Außerdem seien die für den Fall des Nichtzustandekommens vorgeschriebenen finanziellen Bedingungen für Deutschland weniger drückend, als wenn die Anleihen erfolgreich wären. Ferner unterlasse die deutsche Regierung greifbare und substanzielle Vorschläge für die Art der Garantien zu bezeichnen. Die alliierten Regierungen sehen sich unbestimmten Versicherungen auf künftige Verhandlungen gegenübergestellt, die bei einer geschäftlichen Transaktion des praktischen Wertes entbehren. Trotzdem möchte die englische Regierung gern den Glauben aufrecht erhalten, daß die deutsche Regierung eine ernsthafte Anstrengung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Versailler Vertrage in einer Weise machen wolle, die die Alliierten als willig und aufrichtig ansehen können. Wenn Deutschland die Absicht habe, den Weg zu einer wirksamen und schnellen Lösung eines die politische und wirtschaftliche Lage Europas und der ganzen Welt verwirrenden Problems zu eröffnen, dann scheine es bedauerlich, daß es nicht eine schärfere Abschätzung der allein zu einer Lösung führenden Linien bewiesen habe. Die englische Regierung sei ihrerseits überzeugt, daß Deutschland in seinem eigenen Interesse es vorteilhaft finden werde unter Ausschaltung aller unwesentlichen und strittigen Punkte seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und so zu erweitern, daß sie eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen bilden. Der erste Schritt zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung müsse die Anerkennung seitens Deutschland sein, daß eine viel ernsthaftere Mitwirkung als bisher erforderlich ist.

Mussolini will auch nicht leer ausgehen

WTB. Berlin, 13. Mai. In der heute nachmittag dem deutschen Botschafter in Rom überreichten Note der italienischen Regierung heißt es u. a.: Die aufmerksame Prüfung des Memorandums vom 2. Mai d. J., das die Vorschläge der deutschen Regierung für eine Regelung der Reparationsfragen enthält, hat mich überzeugen müssen, daß sie nicht geeignet sind, den alliierten Regierungen als Grundlage für eine entscheidende Diskussion zu dienen. Der Standpunkt der italienischen Regierung in der Sache ist bekannt. Wie aus den von ihr bei den letzten beiden Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen hervorgeht, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, das Reparationsproblem und das Problem der interalliierten Kriegsschulden als immer enger miteinander verbunden anzusehen. Italien kann nicht umhin, darauf zu dringen, daß die beiden Fragen sobald als möglich gelöst werden, wobei auch die Aufwendungen für den Wiederaufbau seiner eigenen besetzt gewesenen Provinzen berücksichtigt werden müssen. Der deutschen Regierung ist übrigens bekannt, daß die italienische Regierung sich zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen sah, dem von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Reparationen nicht beizutreten. Obwohl das Memorandum Bonar Laws hohe Ziele anstrebte, scheint es die unabweisbare Forderung Italiens nicht genügend zu berücksichtigen. Nach diesem unmittelbaren Vorgang müsse die italienische Regierung mit berechtigtem Erstaunen hervorheben, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plan der britischen Regierung enthalten waren.

Sieg der Opposition im VGB. Breslau

Bei der am Sonnabend im Werkstättenamt 2 Breslau, Odertor, stattgefundenen Betriebsrätewahl erhielt die von den Kollegen aus dem Betrieb aufgestellte Liste Grimm—George 603 Stimmen und 5 Sitze.

Die von den Gewerkschaftsbürokraten aufgestellte Gegenliste 4 erhielt 426 Stimmen und 4 Sitze (gegen 995 Stimmen im Jahre 1922). Sie bekam die Quittung für die schamlose Hetze die sie gegen den wegen oppositioneller Gesinnung aus dem Verband ausgeschlossenen Kollegen George entfaltet hatte.

Der englische Feldzug gegen Sowjetrußland

Die Note, die der englische Vertreter Hodgson am 8. Mai der Sowjetregierung eingehändigt hat, beweist, daß die englische Regierung, daß Lord Curzon den Bruch mit Sowjetrußland will. Wenn eine Regierung die Abberufung eines fremden Gesandten aus ihrem Lande fordert, so ist es schon ein Zeichen sehr gespannter Beziehungen. Aber in der Geschichte der diplomatischen Beziehungen ist kein Fall bekannt, wo eine Regierung die Abberufung fremder Gesandter gefordert hätte, die nicht in ihrem Lande, sondern in anderen Staaten akkreditiert sind. Diese Forderung übersteigt alles, was sich die Sieger von Versailles gegenüber irgendeinem Volke erlaubt haben. Und England ist kein Sieger im Kriege mit Sowjetrußland. Im Krieg, den es im Jahre 1918 bis 1920 gegen Sowjetrußland geführt hat, wurde es geschlagen. Die von ihm bezahlten und organisierten weißgardistischen Armeen wurden von der Roten Armee aufs Haupt geschlagen, ihre Ueberreste ins Schwarze Meer geworfen.

Die Forderung Englands, daß in einer Frage, in der kein internationales Abkommen besteht, in der Frage der Größe der territorialen Gewässer eines Staates, Rußland ohne weiteres den englischen Willen als internationales Recht anerkennt, bedeutet nichts anderes, als eine Provokation des Bruches.

In allen anderen Fragen, die England aufrollt, wie die Frage der Entschädigungen für die Erschießung eines Engländers im Jahre 1920, hat Sowjetrußland Gegenrechnungen, die die englische ums Hundertfache übersteigen. In Archangelsk haben die englischen Gewalthaber hunderte russischer Bürger erschossen, die Volkskommissare von Baku, 26 an der Zahl, wurden nach dem Sturz der Sowjetregierung in dieser Stadt auf Geheiß des englischen Bevollmächtigten Tig Jones in die Steppe geschleppt und niedergesäbelt. Wenn die englische Regierung wirklich eine gerechte Erledigung dieser traurigen Begleiterscheinungen des Krieges, den sie ohne Kriegserklärung gegen Sowjetrußland geführt hat, erstreben würde, so hätte sie tausend Möglichkeiten, um zu einem beide Teile befriedigenden Abkommen zu gelangen.

Aber Lord Curzon will nicht den Frieden mit Sowjetrußland. Lord Curzon ist der Führer der Clique des englischen Imperialismus, die, aufgewachsen im alten Konkurrenzkampfe des Zarismus und Englands um die Herrschaft in Asien, nicht nur Sowjetrußland haßt, sondern Rußland als solches; die hundertfünfzig Millionen Menschen, die an der Grenze Asiens und Europas wohnen, und deren Entwicklung die Entwicklung der englischen Sklaven in Asien zur Selbständigkeit fördert. Lord Curzon war der Gegner der Politik Lord Georges, der eine Verständigung mit Rußland, wenn auch auf Kosten Rußlands, suchte. Seitdem die Konservativen wieder an der Macht sind, hat Curzon freie Hand. Er will von neuem die Politik der Erdrosselung Sowjetrußlands beginnen. Seine Rechnung ist einfach. Die Intervention des Jahres 1919/20 hat zwar mit einer militärischen Niederlage der Entente geendet, aber sie hat Rußland wirtschaftlich zurückgeworfen. Zwei Jahre Frieden, die Rußland hinter sich hat, haben trotz des Hungers des Jahres 1921 den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußland eingeleitet. Im letzten Jahre haben die Arbeiter Rußlands nicht mehr gehungert, die Anbaufläche ist um 20 Prozent vergrößert und die heurige Ernte erlaubt zu hoffen, daß es Sowjetrußland möglich sein wird, 150 Millionen

Pud Brot auszuführen. Das würde zwar auch dem englischen Handel zugute kommen. Aber Herr Curzon, der Poincaré Vorträge hält über die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas, er pfeift auf den Wiederaufbau des Kontinents, wenn er auch Rußland beleben soll.

Der Abbruch der Handelsbeziehungen ist ganz gewiß kein Krieg. England kann in der gegebenen Situation keinen Krieg gegen Rußland führen. Aber der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeutet, daß der englische Imperialismus alle Kräfte mobilisieren wird, die er nur gegen Sowjetrußland mobilisieren kann. Von den ententistischen Vasallen wie Polen, Rumänien und den Randstaaten bis zu den russischen Weißgardisten, werden jetzt alle die englische Pfunde bekommen, um gegen Sowjetrußland hetzen und eventuell kämpfen zu können. Bei diesem neuen Versuch der Erdrosselung Sowjetrußlands stützt sich Curzon nicht nur auf die militärischen und junkerlichen Kreise Englands, sondern auch auf den Teil des englischen Kapitalismus, der die Hoffnungen verloren hat, daß Sowjetrußland auf die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution verzichten will. Die Handelshäuser der City, denen das Monopol des Außenhandels die Vermittlerprofite entzieht, die Industriekapitäne, die, wie Urquhardt, sich überzeugt haben, daß die Sowjetregierung nicht gewillt ist, ihnen die Schätze Rußlands auszuliefern, sie laufen von neuem Sturm.

Das erste Opfer in dem von dem englischen Imperialismus entfachten Kampfe gegen Sowjetrußland ist schon gefallen, bevor noch die Sowjetregierung auf die Note Englands antworten konnte. Der Mord an dem Sowjetgesandten Worowski in Lausanne, verübt durch einen schweizerisch-russischen Faszisten, den Sohn des Schokoladefabrikanten Conradi ist ein Resultat der letzten englischen Hetze gegen Sowjetrußland. Die Fabel, Conradi habe sich wegen der Ermordung seines Vaters rächen wollen, ist schon deshalb so unsinnig, weil der russisch-schweizerische Weißgardist sein blutendes Herz erst nach fünf Jahren entdeckt hat, wo er früher tausend Gelegenheiten gehabt hätte, sich an Sowjetvertretern zu rächen. Der Mordbube hat die Waffe geschwungen, weil er Morgenluft witterte. Wenn die Schweizer Regierung unter dem Protektorat Englands es wagen konnte, der diplomatischen Vertretung eines Staates, die den sechsten Teil der Welt umfaßt, die Rechte abzusprechen, die das Fürstentum Monaco besitzt, so konnte der Mordbube sicher sein, daß ihm für sein Attentat kein Haar gekrümmt wird.

Nun wohlan. Der Revolverschuß in Lausanne wird ein lautes Echo in der ganzen Welt haben. Er wird Millionen Arbeitern sagen, was sie vielleicht aus der englischen Note nicht entnehmen würden. Er wird ihnen sagen, daß das Weltkapital unter der Führung Englands von neuem den Angriff gegen die erste Arbeiterrepublik der Welt beginnt. Er wird den Arbeitern und Bauern in Rußland sagen: seid gerüstet! Und er wird den Arbeitern in der ganzen Welt sagen: Wacht auf! Sowjetrußland, die heldenhafte Arbeiterklasse Rußlands, ruft Euch!

Die VSPD. für eine ständige Polizeiwache im Landtag

Der Preußische Landtag hat seine eigene Schande bestätigt: er hat mit allen gegen die drei Stimmen der Unabhängigen die Beschwerden der von Leinert herausgeworfenen kommunistischen Abgeordneten zurückgewiesen.

Damit nicht genug: der Landtag der Republik Preußen, im Eifer, den Landtag des Junker-Preußen an schamloser Brutalität gegen die Arbeiterschaft zu übertrumpfen, verewigt die Polizeischmach. Was Jordan von Kröcher nicht durchsetzen konnte, der Sozialdemokrat Leinert verwirklicht es mit Hilfe des Heilmann-Sturmtrupps unter dem Beifall der Faszistenbanden.

Die Stellung des Landtags unter ständige Polizeiaufsicht wird Tatsache. Nach dem Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses, den die Sozialdemokraten provoziert und dem sie vorbehaltlos zugestimmt haben, soll **im Landtag dauernd eine Wache von zwei Kriminalbeamten anwesend sein. Zehn weitere Kriminalbeamte sollen einen dauernden Vertrauensdienst für den Landtag bilden.**

Weiter soll ein zweiter Ausschuß eines Abgeordneten aus der Sitzung nach dem Willen des Geschäftsordnungsausschusses automatisch den Ausschluß aus einer Reihe der folgenden Sitzungen nach sich ziehen: Leinert will der Mühe enthoben sein, selbst den Hausknecht zu spielen.

Die bürgerliche Demokratie, das Heiligtum der Sozialdemokraten, denkt mit Hilfe der Sozialdemokraten vor dem Polizeiknüppel ab.

Die bevorstehende Aufhebung der Immunität des Genossen Piek durch den Leinert-Landtag wegen Unterzeichnung einiger Rote-Fahne-Flugblätter füllt nur noch einige Lücken in dem Bilde dieses „demokratischen" Landtags aus, vor dessen „Energie" das Dreiklassenparlament verschwindet.

Massenaufmarsch der Berliner Arbeiterschaft

Berlin, 14. Mai.

Die Berliner Kommunistische Partei nahm gestern im Lustgarten in einer Protestversammlung zu den Vorgängen im preußischen Landtage und der Ermordung Worowskis Stellung. Es hatten sich, den bürgerlichen Morgenblättern zufolge, etwa 30—40 000 Personen eingefunden. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

Richter provoziert

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter hat gestern an den Bezirk Berlin der KPD folgendes Schreiben gerichtet:

Der Polizeipräsident. Berlin, 12. Mai.
Abteilung Ia.

An die Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
Hier, Münzstr. 24.

Bei den Kundgebungen am 1. Mai ist bemerkt worden, daß die Kommunistische Partei aus ihren Anhängern sogenannte Hundertschaften zusammenstellte. Diese Hundertschaften waren mit roten Armbinden ausgerüstet und zogen unter militärischen Kommandos durch die Stadt. Da die Zusammenstellung und das Auftreten derartiger Hundertschaften eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bedeutet, wird von jetzt ab gegen sie mit polizeilichen Mitteln vorgegangen werden.

gez. Richter.

*

Herr Richter möchte das im Landtag begonnene Werk durch eine Provokation der Demonstration krönen. Die Absicht ist klar.

Herr Richter verbindet die Provokation mit einer dreisten Lüge. Die Kommunistische Partei hat keine Hundertschaften. Wo Hundertschaften bestehen, sind sie gemeinsam gebildet mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, also keine kommunistischen, sondern proletarischen Hundertschaften. Die Kommunistische Partei hat einen Ordnerdienst, wie jede andere Partei. Dieser Ordnerdienst wird auch bei dem Demonstrationszuge die Ordnung aufrecht erhalten.

VSPD.-Arbeiter gegen die Prügelhelden im Landtag

Wie sozialdemokratische Arbeiter in der Provinz über die Heldentaten ihrer „Führer" im preußischen Parlament denken, zeigte eine sozialdemokratische Versammlung in Eilenberg, die eine Resolution annahm, in der den Sozialdemokraten Lewerenz, Bubert und Kompagnie das Recht abgesprochen wurde, noch weiter als Arbeitervertreter im Landtag zu sitzen. Die Resolution beginnt:

„Die am 9. Mai 1923 in Eilenburg tagende, von der VSPD. einberufene öffentliche Volksversammlung protestiert mit tiefer Entrüstung gegen die Vergewaltigung von Arbeitervertretern im preußischen Landtag. Die Versammlung bezeichnet es als eine Schande für die Arbeiterbewegung, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der sozialdemokratische Präsident Leinert sich an dieser Vergewaltigung beteiligt haben."

Sie schließt mit der Hoffnung, daß die Arbeiterschaft trotz alledem die Einheitsfront gegen Kapitalismus und Reaktion schließen wird, die die Führer der VSPD. sabotieren.

Da die Arbeiter Eilenburgs der stimmeslüsternen SPD. den Kampf ansagten, gaben ihnen die Faszisten die Antwort. Am nächsten Tag schon sprangen sie nach dem Beispiel des Landtags ein und lieferten den Arbeitern blutige Zusammenstöße. Die SPD.-Fraktion im Preußischen Landtag kann sich die Hände reiben.

Die Berliner Betriebsräte geschlossen gegen die Polizeischmach im Landtag

Zu der vom Fünfzehner-Ausschuß der Groß-Berliner Betriebsräte einberufenen Vollversammlung waren die Betriebsräte in solchen Massen erschienen, daß Saal und Galerie des Versammlungsraumes überfüllt waren. Die Vollversammlung nahm einstimmig in einer Resolution gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten Stellung. Die Resolution schließt:

„Die Vollversammlung der Betriebsräte fordert das gesamte klassenbewußte Proletariat auf, sich vollzählig an der Demonstration am Sonntag gegen die kommende große Koalition, gegen die neuen schweren Angriffe des Faszismus und gegen die Anschläge der sozialdemokratischen Führerschaft einzufinden."

Außerdem nahm die Versammlung eine Protestresolution gegen die Ermordung des Genossen Worowski und zur Lage in Sachsen an, die den schärfsten Kampf gegen die Sabotage der Stimmesozialisten ankündigt.

Vertagung der Erweiterten Exekutive

Moskau, 11. Mai.

Mit Rücksicht auf die ultimative Note Englands an Sowjetrußland, die die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe rückt und um unseren Gesinnen die Möglichkeit der dagegen zu treffenden organisatorischen Maßnahmen zu geben, wird die Erweiterte Exekutive bis zum 10. Juni vertagt.

Sekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Die „Rote Bayern-Fahne" beschlagnahmt

München, 12. Mai.

Die „Rote Bayern-Fahne", die heute erschien und gegen den Ausnahmezustand den Widerstand der Gewerkschaften forderte, wurde beschlagnahmt. Der verantwortliche Redakteur in Augsburg, Genosse Fischer, sollte verhaftet werden; er war aber gerade von der Redaktion abwesend.

Am ersten Tage des Ausnahmezustandes schlägt die bayrische Regierung zu, gegen die Kommunisten! Die weißblaue, separatistische Richtung der Faszisten soll nämlich jetzt die oppositionellen großdeutschen Hitlerleute ins Schlepptau nehmen, um sie zusammenzuschweißen, soll der verschärfte, schrankenlose Terror gegen die Arbeiterschaft eröffnet werden — ein gemeinsames Kriegsziel wird für die sauberen Bundesbrüder aufgestellt.

Die Arbeiterschaft, die einige Arbeiterschaft muß diesen infamen Plan durchkreuzen.

Faszisten-Interpellation

Berlin, 12. Mai

Der Reichstag beschäftigte sich am Sonnabend nach rascher Erledigung einiger kleiner Vorlagen mit der deutschnationalen Interpellation über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und über das Verbot der reaktionären Saalschutzorganisationen. Graf Westarp begründetete beide Interpellationen. Er suchte die Deutschvölkischen als harmlose Leute hinzustellen; sie bildeten eine politische Partei, die wenn auch heute noch klein, doch wie andere auch nach der Mehrheit strebten. Das Verbot einer solchen politischen Partei sei mit dem parlamentarischen Regierungs-System nicht zu vereinbaren. In seiner Kritik des Verbots der Selbschutzorganisationen machte er den hanebüchenen Witz, Severing als Schützer der Kommunisten zu bezeichnen.

Minister des Innern Oeser stützte sich auf den Staatsgerichtshof, der die Auflösung einer politischen Partei auf Grund des Republik-Schutzgesetzes für berechtigt erklärt hat.

Für die SPD. sprach Scheidemann. Aus seinem Material geht hervor, daß die Wulle-Graefe-Henning-Partei über eine, bis ins Einzelne ausgeaubte bewaffnete Organisation verfüge, daß sie mit Roßbach in engster Verbindung stand und mit der Hitlergesellschaft genau so enge Fühlung hält, wie mit den flüchtigen Kappisten Bauer und Konsorten. Es sind sehr kapitalskräftige Kreise, die hinter den Deutschvölkischen stehen. In einem Rundschreiben an die Organisationsleiter erzählt Wulle, daß er an einem einzigen Abend in Hannover 19 Millionen ergattert hat. — Die innige Verbindung mit der Reichswehr geht aus einer Abrechnung Roßbachs hervor, in der

ein Posten für Propaganda in der Reichswehr enthalten ist, im Betrage von 11 Millionen Mark.

Die Summen gewinnen ihren richtigen Wert erst, wenn man berücksichtigt, daß die Einnahmen und Ausgaben sich auf das vergangene Jahr beziehen. Aus einer großen Reihe von Zirkularen stellt Scheidemann ferner fest, daß regelrechte Militärübungen stattfinden, daß die Mannschaften im Schießen ausgebildet werden, mit dem Gewehr Modell 98, daß Handgranaten, Maschinengewehre und Munition in Menge bei ihnen vorhanden ist. In einem Telegramm-Chiffre-Schlüssel befinden sich Decknamen für alle Formen von Gewehren und Munition, sowie für die führenden militärischen Persönlichkeiten, die Transporte der bewaffneten Haufen und die Landesteile, in denen sie gesammelt werden. Auch einen Operationsplan zum Angriff auf Berlin und Mitteldeutschland konnte Scheidemann vorlesen. Zum Schluß verlas er noch die Zeugenaussagen zweier deutschnationaler Organisationsleiter aus Osnabrück, vor dem dortigen Staatsanwalt, aus denen hervorgeht, daß Henning sich die größte Mühe gegeben habe, einen vermutlichen Erzbergermörder über die Grenze zu bringen und mit falschem Paß auszurüsten.

Die Deutschvölkischen suchten die Rede Scheidemanns durch fortgesetzte, immer heftiger werdende Unterbrechungen abzuschwächen. Im Laufe der Zeit wurden sie indessen immer kleinlauter und die Antwort Henning war so elegisch gestimmt, daß er den Eindruck eines Angeklagten machte, der um mildernde Umstände bittet. Vor Henning verteidigte noch Marezki von der Deutschnationalen Volkspartei die Politik der großen Koalition und ihre Unterstützung Severings im Preußischen Landtag, die aus außenpolitischen Gründen erfolgt sei. Im übrigen wetterte dieser ehemalige Lichtenberger Bürgermeister und Kappist gegen links.

Arbeitermord — eine Belanglosigkeit

In der „Glocke", die bekanntlich den Vorzug hat, Herrn Kuttner als Redakteur zu haben, wird vom Verlag die Freisprechung ihres ehrenwerten Schriftleiters dankbar begrüßt. Es wird in der Erklärung nur bedauert, daß Herr Kuttner sich dem Prozeß unterziehen müßte und soviel Zeit „an die Erörterung solcher Belanglosigkeit zu werden genötigt war. Herr Kuttner hatte bekanntlich „nur" den Arbeiter Sichhorn erschossen. Für einen Sozialdemokraten und sein Blatt ist das eben nur eine Belanglosigkeit. Man braucht also nicht einmal ein Roßke zu sein, um zu der Höhe dieser Auffassung zu gelangen. Sozialdemokraten und Faszisten sind sich daher auch ganz einig, über die Ermordung eines russischen Kommunisten, des Genossen Worowski als einem belanglosen Zwischenfall mit einem Achselzucken hinwegzugehen.

Englands Feldzug gegen die Revolution

Die maßgebenden Persönlichkeiten der englischen Regierung sind auf Grund zuverlässiger Informationen des Korrespondenten der „Vossischen Zeitung" der Ansicht, daß ein Krieg mit Rußland nicht in Frage kommt, es aber im Interesse der Bekämpfung revolutionärer Agitation in Indien und Südafrika zu begrüßen sein würde, wenn eine unbefriedigende Antwort der Räteregierung Veranlassung bieten würde, den englisch-russischen Handelsvertrag als beendet anzusehen.

Abbruch der Handelsbeziehungen bedeutet keineswegs eine Kriegserklärung an Rußland, aber er würde den englischen Behörden freie Hand lassen, um in den ihnen unterstellten Gebieten die bolschewistische Agitation wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Londoner Handelsvertretung der Sowjetregierung hat der Presse mitgeteilt, daß der russische Kommissar des Auswärtigen Amts, Krassin, am Sonntagnachmittag nach einer **Reise im Flugzeug über Königsberg-Berlin in London eintreffen wird.** Krassin wird die Aufgabe haben, der englischen Regierung in **mündlichen Verhandlungen** die Antwort der Moskauer Regierung **auf die ultimative englische Note vorzutragen.** Gelingt es ihm nicht, zu einem Einverständnis mit der englischen Regierung zu gelangen, so hat er den Auftrag, bis zum Ende der Woche die russische Handelsvertretung, deren Leiter er immer noch ist, aufzulösen, bevor englische Ausweisungsbefehle ergehen können.

Worowski-Kundgebung in Moskau

WTB. Moskau, 13. Mai.

Bei der Trauerkundgebung zu Ehren Worowskis, an der, wie die Russische Telegraphenagentur berichtet, eine ungeheure Menschenmenge teilnahm, hielt Titscherin eine längere Rede, in der er zunächst die unmittelbare Verantwortung für die Ermordung Worowski auf die schweizerische Regierung, die moralische Verantwortung jedoch auf die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens schob. Der Hauptzweck der russischen Delegation in Lausanne bestehe in der Sicherung der russischen Küsten durch die Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe. Zu dem englischen Ultimatum übergehend, führte Tschitscherin dann aus, England versuche, der Sowjetregierung einen Stoß zu versetzen. Es sei enttäuscht, weil es einsehen müsse, daß

die neue Wirtschaftspolitik Rußlands keine Kapitulation vor dem Weltkapital

darstellt. Die englischen Forderungen des Ultimatums beruhen auf haltlosen Beschuldigungen. Ihre angeblichen russischen Agenten im Osten seien nichts anderes als die Vertreter von Tendenzen des historischen Prozesses der **Erwachung der Ostvölker** selbst, welche gemeinsam mit Rußland in dem westlichen Imperialismus ihren Gegner erblicken. Die englische Forderung auf Festsetzung der Dreimeilenzone in den russischen Gewässern widerspreche der englischen Praxis z. B. in den Gewässern von Ceylon.

Unter stürmischem Beifall erklärte Tschitscherin, daß **alle Werktätigen Rußlands zu jedem Opfer bereit seien,** um die Unabhängigkeit der Republik und **die Errungenschaften der Revolution zu schützen.** In seiner Antwort auf das englische Ultimatum werde Rußland Verhandlungen in Form einer Konferenz vorschlagen und den Wiedergutmachungsforderungen Englands seine eigenen Forderungen für die Erschießung russischer Bürger in der englischen Okkupationszone entgegenstellen.

Foch läßt Kommunisten in Polen verhaften

Krakau, 11. Mai.

Aus Anlaß des Besuchs des Marschalls Foch wurden ungefähr 100 Arbeiter verhaftet, die der Angehörigkeit zur Kommunistischen Partei verdächtig sind. Die Lemberger Polizei hat aus demselben Anlaß 25 ukrainische Hochschüler verhaftet, weil sie Sabotageakte vorbereitet haben sollen.

Genosse Höllein im Hungerstreik

Paris, 12. Mai.

Der deutsche Kommunist Abg. Höllein, der sich im Pariser Santégefängnis in Untersuchungshaft befindet, ist gestern nachmittag gleichzeitig mit dem französischen Kommunisten Perl in einen Hungerstreik eingetreten, um seine Freilassung zu erzwingen. Die beiden Verhafteten setzten den Direktor des Gefängnisses von ihrem Entschlusse brieflich in Kenntnis und betonten dabei, daß die Gültigkeit der gegen sie erlassenen Haftbefehle am 7. Mai erloschen sei. Sie kündigten an, daß sie den Gefängnisdirektor wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung belangen wollen.

Genosse Dupont in Erfurt verhaftet. Nachdem die SPD.-„Tribüne" einen denunziatorischen Artikel gegen den französischen Genossen Dupont veröffentlicht hatte, wurde dieser heute, Dienstag, früh 6 Uhr, in der Wohnung eines Genossen, der ihn beherbergt hatte, durch die Erfurter Kriminalpolizei verhaftet. Schon in der frühesten Morgenstunde wurde bei verschiedenen Genossen nach den ausländischen Rednern gehaussucht. Soviel wir bis zur Stunde feststellen konnten, sind die anderen beiden Redner in Sicherheit. — Außerdem ist mitzuteilen, daß die Telephongespräche des „Roten Echo" überwacht werden.

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Nummer 110 — 5. Jahrgang

Aus Breslau

Die „Volkswacht" und der Reichswehrminister

In Nr. 109 veröffentlicht die „Volkswacht" auf der ersten Seite einen Artikel: „Für den Reichswehrminister." Derselbe ist mit m. gezeichnet, stammt also von dem Chefredakteur Wirnbaum und ist so charakteristisch für die Einstellung der VSPD., daß wir ihn nachstehend wörtlich zum Abdruck bringen:

„Wie wir hören, trifft Reichswehrminister Geßler in den nächsten Tagen zu einem Besuch in Breslau ein. Hat er sich einen nicht allzu unfreundlichen Empfang in den Kreisen der gemäßigten Republikaner durch die — selbstverständliche — Entlassung des Hauptmanns Fischer gesichert, so haben wir Sozialdemokraten doch noch eine Anzahl weiterer Beschwerden für ihn auf Lager. So liegen uns z. B. aus den Kreisen Grünberg und Guhrau Nachrichten aus verschiedenen Orten vor, die über öffentliche provozierende Uebungen von selbstschutzartigen Zusammenrottungen berichten und in denen es immer wieder heißt, daß die Veranstalter dieses Unfugs sich auf die Billigung des Glogauer Reichswehrkommandeurs Obersten Budde berufen. Unsere niederschlesische Parteiorganisation hat sich mit den bedenklichen Manöverspielereien dieses Obersten schon vor einiger Zeit einmal befassen müssen; jetzt scheinen sie auch auf Mittelschlesien überzugreifen. Der Reichswehrminister wird hier ebenso aus außen- wie aus innenpolitischen Gründen nach dem Rechten sehen müssen.

Die Beziehungen zwischen Selbstschutzverbänden und Reichswehrleitung in Breslau verdienen auch sonst eine scharfe Nachprüfung des Reichswehrministers. Uns liegen aus der schlesischen Orgesch, des „Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier" stammende Aeußerungen solchen (vertraulichen) Wohlwollens für die Hauptleute Bohnstedt und Bogatsch in der Breslauer Reichswehrzentrale vor, daß unser altes Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit der Reichswehr gegenüber Rechtsradikalen für uns längst mehr als bestätigt ist. Den Reichswehrminister wollen wir auf Grund unserer Informationen vorläufig nur um eines bitten: er möge nachprüfen, ob Hauptmann Bogatsch, Adjutant des Breslauer Generals Hasse, vor kurzem noch bezahlter Agent von illegalen Selbstschutzverbänden war und von daher in den Dienst der Reichswehr übernommen wurde. Wir sind auf die Antwort gespannt!"

Die „Volkswacht" hat demnach reichliches Material. Aber was tut sie? Anstatt die sozialdemokratischen Arbeiter aufzufordern, proletarische Hundertschaften zu bilden, setzt sie ihre Hoffnungen auf den Reichswehrminister. Sie erteilt dem Mann, der seit Jahren den monarchistischen Offizieren den Rücken steift, Vorschußlorbeeren, verbeugt sich vor ihm gymnasiastenhaft und bittet untertänigst um Nachprüfung!

So kläglich benimmt sich das angebliche „Organ für die werktätige Bevölkerung" in einer für das Proletariat lebenswichtigen Frage.

Auch diese Glanzleistung der „Volkswacht" zeigt den Arbeitern deutlich, daß die VSPD. mit vollen Segeln auf die große Koalition hinsteuert.

Monarchistengesindel

Die „Schlesische Zeitung", das Organ der feudalen Grundbesitzer und Großwucherer, beschäftigt sich wieder einmal mit unserer Partei. Sie regt sich darüber auf, daß die Goslarer Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in einer öffentlichen Versammlung einen französischen Genossen sprechen ließ, und nennt unsere Genossen: „Das deutsche Kommunistengesindel".

Nach der „Schlesischen Zeitung" bedeutet es Würdelosigkeit, wenn deutsche Arbeiter einen französischen Genossen, der den Kampf gegen den räubertischen Imperialismus führt, Beifall spenden. Sie erinnert daran, daß die Hunde der französischen Offiziere im Ruhrgebiet den deutschen Säuglingen die Milch wegsaufen.

Was die Hunde der französischen Offiziere mit dem Kampf der französischen Arbeiter gegen Poincare zu tun haben, ist zwar nicht ersichtlich. Wir können aber der „Schlesischen Zeitung" verraten, daß man nicht erst nach dem Ruhrgebiet gehen braucht, um festzustellen, daß Hunde den Säuglingen die Milch wegsaufen. Es gibt sehr feudale und recht patriotische Großgrundbesitzer in Schlesien, die ebenfalls ihren Hunden Milch zum Saufen geben, während proletarische Mütter nicht in der Lage sind, für ihre Säuglinge Milch zu kaufen. Es dürfte der „Schlesischen Zeitung" wohl auch nicht unbekannt sein, daß gerade die ihr nahestehenden Kreise, deren Leibblatt die „Schlesische Zeitung" ist, einen so schamlosen Milchwucher treiben und schuld daran sind, daß Tausende von Säuglingen in den Großstädten elend zu Grunde gehen.

Wenn die „Schlesische Zeitung" es heut wagen darf, revolutionäre Arbeiter als Gesindel zu beschimpfen, so zeugt das davon, daß die Reaktion sich wieder einmal Hahn im Korbe fühlt. Im November 1918 und nach dem Kapp-Putsch 1920 hätte die „Schlesische Zeitung" es nie und nimmer wagen dürfen, ungestraft die revolutionären Arbeiter zu beschimpfen.

Die „Schlesische Zeitung" irrt aber, wenn sie glaubt, daß die kommunistischen Arbeiter sich jetzt jede Provokation von dem vornehmen Blatt werden gefallen lassen.

Hat das Junkerblatt schon den Besuch vergessen, den ihr im März 1920 nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches die Breslauer revolutionären Arbeiter gemacht haben?

Hauptmann Fischer dispensiert

Der Hauptmann Fischer, Carlowitz, der, wie durch Gerichtsverhandlung festgestellt wurde, seine Befriedigung über den Rathenaumord ausgedrückt hatte und erklärt hat, daß er auf die Republik pfeife, ist vom Reichsminister, dem diese Zustände in Carlowitz natürlich schon seit Monaten bekannt waren, dispensiert worden.

Er erhält also weiter sein Gehalt und geht auf Kosten der proletarischen Steuerzahler spazieren. Selbstverständlich wird dem republikfeindlichen Hauptmann in der sogenannten Republik, auf die er vereidigt ist, kein Haar gekrümmt werden. Die Dispensierung mußte erfolgen, weil der Skandal zu groß und offensichtlich war. Wer aber glaubt, daß der Reichswehrminister wirklich entschlossen ist, die Reichswehr von den monarchistischen Elementen zu säubern, ist ein hoffnungsloser Tor! Ein Fischer geht, tausend monarchistische Fischer bleiben. Erst die Arbeiterregierung wird die Reichswehr von der monarchistischen Seuche befreien!

Heiteres von der „Volkswacht"

Die „Volkswacht" vom Freitag bestätigt uns wieder einmal, daß ihre Redakteure nicht richtig lesen können. Sie behauptet, daß wir unsere Leser irreführen und falsche Zahlen über die Löhne der russischen Arbeiter veröffentlicht haben. Wenn die „Volkswachtwächter" richtig lesen könnten, so müßten sie wissen, daß die von uns angegebene Zahl von 105 Prozent sich nur auf die Arbeiter der leichten Industrie bezog. Ebensowenig wie die „Volkswacht" fähig ist, den Unterschied zwischen Besteuerung nach dem Einkommen und Besteuerung nach dem Vermögen zu begreifen, kann sie leichte Industrie und Schwerindustrie unterscheiden. An der tötlich langweilig gewordenen „Volkswacht" ist diese Begriffsstutzigkeit, die ein Zeichen wachsender Verblödung ist, das einzig Originelle.

Am heitersten aber ist, daß die „Volkswacht"-Schreiber glauben, ihr Geschreibsel hätte bei uns einen „zweispaltigen Wutanfall" veranlaßt.

Es ist literarischer Größenwahn, zu behaupten, daß ein Volkswachtartikel Wutanfälle hervorrufen könnte. Der Genuß der matten, schalen Volkswacht-Limonade kann auf nüchternen Magen allenfalls Uebelkeit und Brechreiz verursachen. Wir lesen das Organ „der führenden Häuser des Großhandels" daher ständig am Nachmittag.

Genossen sammelt eifrig für den revolutionären Kampffonds.

Aus der Provinz

Das „Neue Tagebuch" auf der Verbrecherjagd

Waldenburg. Diese nationale Zeitung für alle Stände des Niederschlesischen Industriebezirks schreibt in Nr. 16:

Verbrecher!!

Bolschewistischen Meldungen zufolge sollen bisher 22 Millionen Pud russisches Getreide nach dem Ausland ausgeführt worden sein. — Wie der Volkskommissar Krassin in der „Ekonomischeskaja Shisn" berichtet, wird Rußland in diesem Herbst in verstärktem Maße Getreide ausführen.

Also trotz der amtlich anerkannten Hungersnot wird die Getreideausfuhr fortgesetzt. Sie handeln keine Wirtschaftspolitiker, sie handeln nur Verbrecher.

Du gänzlich unwissendes nationales Neues Tagebüchlein, laß dir's doch erklären!

22 Millionen Pud russisches Getreide — das ist ja die Ruhrspende Sowjetrußlands!

Das Ausland? Das ist doch das Ruhrgebiet, das du mit deinem nationalen Maulheldentum so eifrig verteidigst!

Der Empfänger? Das ist die notleidende Bevölkerung des Ruhrgebiets, der Arbeiter, über dessen hartes Los du die Krokodilstränen einer weise vergießest!

Solch kurzsichtige Lügen darfst du gar nicht abdrucken, am wenigsten aber in Waldenburg, wo der Vertreter Sowjetrußlands am 20. April diese Ruhrspende von 18 000 Menschen bekommen gab.

Gelt, da staunst du!

Aber mit dem Berichte Krassins hast du vollständig recht. Rußland wird nicht nur in verstärktem Maße ausführen, Rußland kann es auch, mit bestem Gewissen, denn seit der Ernte 1922 kennt Rußland keine Hungersnot mehr. Rußland hat eine wirkliche Ueberproduktion, nicht eine scheinbare, wie unter dem Zarismus, als die Ausfuhr an Getreide auf Kosten der Lebenshaltung der Bauern vor sich ging, auch auf Kosten der Ernährung des Viehes. Du hast mal etwas von einer Hungerkampagne 1921/22 gehört, und glaubtest, daraus eine Hungersnot in der Gegenwart konstruieren zu können. 1921/22 heißt, und das wolltest du, als mit den Agrariern stark verwandtes Mäschchen eigentlich wissen, die Zeit von der Ernte 1921 bis zur Ernte 1922.

Ja, man sieht es, du, daß sehr dringend, daß 21/22 die verfluchten Bolschewisten nicht samt und sonders Hunger gestorben sind. Das gefallen werden sie dir nie tun.

Aber nimm dich in acht: deine Hungersnot scheint in der Abteilung deines Gehirns zu sein, die für Sowjetrußland zuständig ist, und wenn du weiter solchen Blödsinn abdruckst, dann läuft du Gefahr, daß vielleicht diese Hungersnot in deiner Denkzentrale einmal „amtlich anerkannt" wird.

Frühjahrsausstellung vom Künstlerbund Schlesien

Viel junges, revolutionäres Können findet sich in der Getreidehalle am Christophoriplatz zusammen. Das im konservativen Breslau im Grunde selbstverständlich. Künstler stemmen sich immer dem Rückschritt entgegen. Ein Künstler muß notwendigerweise wenigstens ästhetisch-revolutionär sein. Mit dem Erlöschen des umstürzlerischen Temperaments stagniert die Kunst. Ausbrüche einer Künstlerseele werden zur Manier — das Kunstwerk wird ein Stück sichtbarer Langeweile.

Der Ursprung aller Kunst ist rhythmische Bewegung. Zur Erkenntnis dessen brachten uns moderne Maler. Ein typisches Beispiel Günther Hirschels Bild „Uns". Er zertrümmert die feste Form von Gegenständlichem und bringt die geometrisch scharf umrissenen Fragmente zu einem wilden Tanz zueinander. Der stumpfe Farbton offenbart seinen trüben Pessimismus. Eine Gebirgslandschaft des Breslauers Georg Aerlich offenbart uns den großartigen Kontrast eines Bergs. Die roten Menschen fliehen in wahnwitziger Hast dem sturzdrohenden Ungeheuer. Das werdende Chaos tanzt, sich selbst vergoldend. Die erotischen Landschaften des Prof. Moll-Breslau offenbaren uns eine Sinnenfreude der Farben, die man bei den Naturalisten, die uns statt Bewegungsfreude doch nur kolorierte Momentphotographien geben, vergeblich suchen würden. Des Berliners Willibald Krain (wohlbekannt durch Bilder in illustrierten Zeitschriften) „Die grünen Wogen" muten uns an, wie eine Idylle inmitten schäumenden Lebens. Die größte Wucht inneren Erlebens steckt entschieden in dem „Gastmahl" des Breslauers van Hout. Farbige und Bewegungskontraste machen das Bild zum Spiegel unserer Zeit.

Von Graphiken sei besonders Arendts „Jüngster Tag" hervorgehoben. Des Leipziger Graphikers und Malers Rill Semm zeigen uns den Weg zu neuer Bildniskunst.

Eine „Grablegung" (Holzplastik) des Prof. von Gosen will uns wieder in tiefe Mysterien zurückführen. Wir blicken nicht zurück zum finsteren, asketischen Kirchenkult, sondern vorwärts zur bunten Sinnenfreude der revolutionären Kunst.

Eine Unterredung mit Trotzki

In der gesamten bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse werden Worte und Taten der Sowjetregierung Rußlands in entstellter, aus dem Zusammenhang gerissener Form wiedergegeben. So macht z. B. die Trotzkische Unterredung mit einem Korrespondenten des „Manchester Guardian" die bekannte entstellte Runde. Wir geben deshalb hier die Antworten Trotzkis wieder:

Der Korrespondent des „Manchester Guardian", Arthur Ransome, stellte dem Genossen Trotzki einige Fragen, die sich auf mögliche oder vermeintliche Gegensätze zwischen der Politik Sowjetrußlands als Staat und der Kommunistischen Internationale als revolutionäre Arbeiterorganisation bezogen. Die sozialdemokratische Presse benutzt diese Gelegenheit, um wieder einmal zu beweisen, daß Trotzki „Sozialpazifist" sei und er den bisherigen kommunistischen Standpunkt völlig preisgegeben habe in den Fragen der äußeren Politik. Und um den „Witz" vollständig zu machen, reklamiert sie Trotzki als Kronzeuge für die Richtigkeit der — sozialdemokratischen Politik.

Wir geben hier einige dieser Fragen von A. Ransome und die darauf schriftlich erteilten Antworten von Trotzki wieder und bemerken, daß in der sozialdemokratischen Presse die beiden ersten Fragen wohlweislich nicht abgedruckt sind.

*

Frage: Sie sind ein Mitglied der dritten Internationale. Sie sind gleichzeitig das Haupt des russischen Kriegsministeriums. Gibt es nicht Augenblicke, in denen der Trotzki von der Internationale mit dem Trotzki, der Kriegsminister eines bestimmten Landes ist, in Gegensatz gerät? Wenn nicht, so warum nicht?

Trotzki: „Es ist mir nicht klar, warum und woher Widersprüche zwischen den Interessen der Sowjetrepublik und denjenigen der 3. Internationale entstehen könnten. Das russische Proletariat ist eines der wichtigsten Bestandteile der 3. Internationale. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt hat ein Interesse an der Erstarkung Sowjetrußlands und sie hat dafür bei verschiedenen Gelegenheiten Beweise geliefert. Sowjetrußland hat ein Interesse am Wachstum machtvoller Arbeiterorganisationen und an der Klärung des Klassenbewußtseins. Sie wissen, daß unserer Ansicht nach nur das Programm des Kommunismus den Interessen der Arbeiterklasse völlig entspricht. Ein Gegensatz wäre möglich nur dann, wenn man die „nationalen" Interessen Rußlands den internationalen Interessen der Arbeiterklasse entgegenstellen würde. Aber von unserem Standpunkt aus besteht das „Nationale" nicht außerhalb dessen, was einer Klasse eigen ist. In der ganzen Welt gibt die Bourgeoisie ihre Klasseninteressen als die nationalen Interessen aus: daß sie es mit Erfolg tut, das haben wir, zu unserer Betrübung, klar genug während des Weltkrieges sehen können. Die nationalen Interessen Rußlands fallen mit den Interessen seiner herrschenden Klasse, das heißt des Proletariats zusammen. Aber die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse können nicht anders befriedigt werden als durch internationale Mittel, d. h. durch die Errichtung einer Weltföderativen von Republiken auf der Grundlage der Arbeit und der Solidarität."

Frage: Die gleichen Unterschiede von Beweggründen und Interessen müssen in der Armee bestehen, die sicher mehr russisch als revolutionär ist?

Trotzki: „Was ich bereits gesagt habe, findet auch Anwendung auf diese Frage. Sie sagen, daß die Rote Armee mehr russisch als revolutionär ist. Sie vergessen erstens, daß die Rote Armee ihrer Zusammensetzung nach nicht allein russisch ist, sondern auch Ukrainer, Weißrussen, Georgier, Armenier, Tataren usw. umfaßt, und daß, zweitens, in den weißen Armeen, gegen die wir kämpfen, ebenfalls Russen vorhanden waren. Noch vor kurzer Zeit kämpften die Rote Armee und rote Freischärler im Fernen Osten gegen die Weißen. Es ist absolut klar, daß die Ziele der Roten Armee einen revolutionären Charakter hatten und noch weiter haben. Wenn z. B. jemand den Einfall hätte, die Rote Armee aufzufordern, den Streitkräften des französischen Imperialismus bei der Verletzung des deutschen Rechtes behilflich zu sein und diese Zumutung durch reichliche „nationale Kompensationen" vergüten wollte, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Rote Armee einen derartigen Vorschlag mit Widerwillen und Entrüstung zurückweisen würde. Im Gegenteil würde sie mit großer Begeisterung teilnehmen an einem Krieg für die Verteidigung unterdrückter Arbeitermassen eines Landes gegen bewaffnete Räuber und Bedrücker. Darin besteht der revolutionäre Charakter der Roten Armee."

Frage: Wenn die Franzosen im Januar 1919 in das Ruhrgebiet einmarschiert wären, so glaubte ich, daß die dadurch entstandene Krisis in Moskau als eine revolutionäre Krisis beurteilt worden wäre. Warum ist es heute nicht so?

Trotzki: Sie fragen, warum wir die französische Invasion nicht als einen revolutionären Antrieb begrüßen. Wir haben selbstverständlich ein Interesse am Sieg der arbeitenden Klasse. Aber es liegt durchaus nicht in unserem Interesse, daß die Revolution in einem erschöpften und verbluteten Europa ausbricht, und daß das Proletariat aus den Händen der Bourgeoisie nichts erhält als Ruinen, so wie wir sie als Erbe des Zarismus und der russischen Bourgeoisie bekommen haben. Die Arbeitermassen Europas eignen sich nur allmählich die Lehren des imperialistischen Krieges an. Das findet seinen Ausdruck im allmählichen Wachsen der Kommunistischen Internationale. Ohne uns auf befristete Prophezeihungen einzulassen, hegen wir dennoch keinen Zweifel, daß dieser Prozeß zum Sieg der Arbeiterklasse in ganz Europa und in der ganzen Welt führen wird. Sollte es aber der Bourgeoisie gelingen, Europa in einen neuen Zerstörungskrieg zu stürzen, so würde das zur Verblutung und Vernichtung derjenigen Generation der Arbeiterklasse führen, die der Träger der Zukunft ist, und würde ganz Europa an den Bettelstab bringen. Das Ergebnis würde sein der Niedergang der europäischen Kultur für eine lange Periode und dementsprechend nicht die Annäherung, sondern der Aufschub der revolutionären Perspektiven. Das ist der Grund, warum wir vom revolutionären Standpunkt aus ein vitales Interesse an der Erhaltung des Friedens haben.

Altwasser. Freidenkerkonferenz. Am Sonntag hielt der 2. Unterbezirk des Volksbundes für Geistesfreiheit seine Konferenz ab. Anwesend waren 19 Delegierte und Vorstände der im Bezirk zusammengeschlossenen Gemeinden. Das Protokoll ist ohne Einspruch verlesen worden. Zu Punkt 1 wurde die Beschickung der am 27. Mai 1923 stattfindenden Konferenz in Liegnitz beraten. Als Delegierter für den 2. Unterbezirk ist Gen. Neumann jun., Weißstein, gewählt worden. Punkt 2 entwickelte eine kurze Aussprache über die Tätigkeit der einzelnen Gemeinden, die mit Zufriedenheit aufgenommen wurde. Es konnte festgestellt werden, daß es trotz der schweren Zeit vorwärts geht, ein Beweis war die Gründung von Freigeistigen Jugendgruppen in den Gemeinden Freiburg und Sandberg. Es wäre nur zu wünschen, daß alle Gemeinden diesem Beispiel folgen, denn gerade die Jugend muß aufgeklärt werden. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch kleine Anfragen mit Zufriedenheit gelöst. Der 1. Vorsitzende Kögel hatte seinen Posten als solcher niedergelegt. Von einer Neuwahl wurde Abstand genommen und dieselbe soll bei der nächsten Konferenz stattfinden. Bis dahin führt der 2. Vorsitzende, Gen. Zuber, Altwasser, Charlottenbrunner Straße 115, die Geschäfte, die Gemeinden haben sich im Bedarfsfalle an denselben zu wenden. Die Konferenz nahm Kenntnis davon, daß in Freiburg endlich nach langem Kampf die weltliche Schule errichtet wird. Mögen dieser noch weitere freie Schulen folgen, daß der Jugend endlich mal eine menschliche Erziehung zuteil wird. Den Kämpfern von Freiburg mit dem Gen. Lehrer Faulhaber ist der Dank aller proletarischen Freidenker gewiß.

Landeshut. Seht die Wählerlisten ein. Alle Genossen, Genossinnen und Sympathisierenden werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, die diese Woche noch ausliegenden Listen zur Stadtverordnetenwahl einzusehen, um nicht des Wahlrechts verlustig zu gehen, Rathaus, Zimmer 18, [illegible] Uhr.

Reinsdorf [illegible]. Das wahre Gesicht der VSPD. zeigte sich auch hier im Ort. Der 1. Mai als Weltfeiertag des Proletariats ist auch hier im Ort durch Arbeitsruhe gefeiert worden. Der Ortsausschuß hatte auch hier, wie schon in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" erwähnt wurde, dazu Stellung genommen. Aber die SPD.-Führer, welche so viel von Einheitsfront reden, waren auch hier dabei, die vom Ortsausschuß und ihren gewählten Genossen festgelegte Feier zu sabotieren. Sie feierten den 1. Mai, machten aber anstatt Demonstration Abendveranstaltungen und Tanz. Aber auch diese Sabotage konnte die klassenbewußten Arbeiter nicht abhalten von Demonstration und Versammlung, und so sammelten sich ein großer Teil der Sportvereine am vom Ortsausschuß bekannt gegebenen Sammelplatz. Gewerkschaftsmitglieder waren auch erschienen. Und so zog der demonstrierende Zug mit Begleitung der Mandolinen-Abteilung der Freien Turnerschaft durchs Dorf bis zum Versammlungslokal „Deutsches Haus. Der Vorsitzende des Ortsausschusses dankte für die Beteiligung, und wies auf die Zersplitterung hier im Ort hin. Alsdann schilderte der Referent Genosse Brandecker aus Schmiedeberg. Die Bedeutung des 1. Mai und kam auch auf die Zersplitterung hier im Ort und in der ganzen Bewegung zu sprechen. Er zeigte deutlich genug auf die Gefahren, die uns bedrohen. Die von der VSPD. so sehr gepriesene herrliche und freieste Republik der Welt ist herrlich und frei für Wucherer und Schieber und Proletenschlächter. Dagegen sind die Proletarierkinder unterernährt und müssen verhungern. Der Referent schloß seine Rede, die mit frohem Beifall aufgenommen wurde, mit einem Appell zum Kampf.

Die Demonstration endete mit einem Erfolg für die Partei. Es wurden auch 3 Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung" gewonnen. — Den Mai-Saboteuren der VSPD. aber werden die Arbeiter gelegentlich die Quittung für ihr Verhalten erteilen.

Fellhammer. Reaktionäre Kurgäste als Prügelhelden! Am Sonntag, den 6. Mai, unternahm die Ortsgruppe der Kommunistischen Jugend Fellhammer einen Ausflug nach Rittergrund bei Görbersdorf. Unter dem Banner des Sowjetsterns zogen die jungen Revolutionäre unter dem Gesange von Freiheitsliedern durch den ganzen Kurort Görbersdorf, in dem sich auch viele reaktionäre Fettsäcke herumdrücken. Diese Gesellschaft konnte man an diesem Sonntag wieder einmal ganz besonders unterscheiden von den hier zur Kur weilenden Proleten. Als die Jugendlichen durch revolutionäre Lieder ihren Kampf gegen die Unterdrücker der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten, konnte man von verschiedenen Elementen schon hören, da werdet ihr kein Glück haben, andere dagegen, wahrscheinlich waren dies hier zur Kur anwesende Arbeiter, riefen uns wieder zu: „Immer feste, und macht endlich einmal los." Als wir im Walde 2 Stunden gerastet hatten, wurde der Rückmarsch angetreten. Als man durch Görbersdorf die Gesänge der Internationale hörte, sammelten sich auf der Hauptstraße schon Zuschauer an, und es tönten die Zurufe „Heil Sowjet" entgegen. Bei der Villa Buchberg dagegen versuchten hier zur Kur einlogierte Reaktionäre durch ein Gröhlen uns niederzubrüllen; aber sie hatten sich entsetzlich getäuscht; um so kräftiger setzten wir den Gesang der Internationale fort. Nun wollte die Bande voller Wut auf die Jugendlichen einschlagen. Es wurde sofort Halt gemacht und diese Jungproleten, unter denen sich meistens Mädchen befanden, waren bereit, den Kampf gegen diese Orgeschleute aufzunehmen. Ein ganz großer Lump rief uns zu: „Was bildet ihr euch denn ein, was ihr für Freiheit habt. Auf dies trat ihm der Genosse W. entgegen und wies ihn auf seine schäbige Handlungsweise gegenüber Arbeiterkindern hin und sagte ihm, daß er sich schämen müßte, wenn er nicht mehr Bildung besäße. Genosse Winkler forderte die Jugendlichen auf, sich einzureihen und weiterzugehen, und es ging sofort wieder unter dem Gesange der Internationale weiter.

Arbeiter, hier seht ihr wieder einmal, wie der Kampf gegen die Kommunistische Jugend geführt wird. Darum muß es Aufgabe jedes Jugendlichen sein, sich der Kommunistischen Jugend anzuschließen und mit ihr gemeinsam den Kampf gegen ihre Blutsauger zu führen.

Zedlitz b. Ohlau. Oeffentliche Volksversammlung. Am Sonntag, den 6. 5. fand in Zedlitz bei Ohlau unsere erste öffentliche Versammlung statt. Als Referent erschienen war Genosse Zebold-[illegible]. Die Tagesordnung lautete: Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Ausgehend von der urkommunistischen, klassenlosen Gesellschaft schilderte Genosse Zeibold den Werdegang des Sozialismus im allgemeinen und der kommunistischen Partei im besonderen. Weiter gab der Referent den Anwesenden einen Ueberblick über die Entwicklung des Kapitalismus aus seinen kleinen Anfängen heraus bis zum Imperialismus, welcher auf seiner Jagd nach Absatzmärkten zum Kriege führen mußte, da diese unter die verschiedenen großkapitalistischen Räuber bereits verteilt und neue fast nicht mehr vorhanden waren. Unser Genosse kritisierte in scharfer aber sachlicher Weise das Verhalten der 2. Internationale, welche nicht gegen den Krieg aufrief, sondern die Einheitsfront mit der Bourgeoisie ihrer Länder machte und rollte dann an Hand der Tatsachen vor den versammelten SPD.-Genossen und den vertretenen Deutschnationalen die ganze politische Lage auf bis zur Ruhrbesetzung, auf welche er dann ausführlich einging. Er zeigte, daß ein bürgerliches Deutschland nur eine Kolonie der Entente sein kann. Die deutschen Kapitalisten werden sich durch verschärfte Ausbeutung des Proletariats schadlos halten. Die einzige mögliche Lösung im Sinne der Arbeiterklasse sei eine Arbeiterregierung, welche allein in der Lage wäre, einen Weg aus dem Elend zu bahnen und Deutschland vor Zerstückelung durch die Entente zu bewahren. Im Schlußwort stellte Genosse Zebold die kurzen Ausführungen einiger SPD.-Genossen richtig und widerlegte die allerdings etwas kläglichen Ausführungen der Deutschnationalen. Genosse Korsus schloß die Versammlung mit der Mahnung, auch daß zu beherzigen, was man hier gehört hat. Trotz der zweistündigen Ausführungen des Referenten zeigten die Versammelten noch keine Lust, auseinander zu gehen und so konnte man sich noch nachträglich zwanglos über manche besonders interessierende Frage unterhalten. Der sichtbare Erfolg waren zwei Aufnahmen in die Partei.

Schluß mit der burgfriedlichen Lohnpolitik!

A.K. Der alte Bergarbeiterverband stellt in seiner neuesten Nummer eine Statistik zusammen, aus der hervorgeht, daß im besetzten Gebiet die Preise der Lebensmittel in der Zeit vom 6. April bis 8. Mai um 22,76 Prozent gestiegen sind. Um wieviel die Preise für Kleidung, Schuhe und andere wichtige Dinge des täglichen Bedarfs gestiegen sind, ist nicht angegeben. Aber eine andere Zahl findet sich nicht: im April 1922 betrug der Durchschnittslohn 148,38 Mk., im Februar 1923 11 789,29 Mark pro Schicht. Die Steigerung beträgt also 7831,84 Prozent. Die Lebenshaltungskosten stiegen aber in derselben Zeit um 9391,18 Prozent. Was hat der Verband, was haben die bürgerlichen Gewerkschaftler getan, um die fortschreitende Verelendung der breiten Arbeiterschichten aufzuhalten? Was haben diese Arbeiterorganisationen getan, um die Löhne der Arbeiter den Vorkriegszeiten wieder anzunähern? Nichts, garnichts! Mit verschränkten Armen hat besonders der Bergarbeiterverband zugesehen, wie seine Mitglieder von Tag zu Tag mehr verhungerten, wie Krankheit, Not und Elend die Bergarbeiter und ihre Familien täglich mehr zerstörten und zermürbten. Die Leitung des Verbandes, wo so „kluge" Köpfe am Ruder sind wie Limberty, Husemann, Schmidt u. a., besitzt schon die Einsicht in die Verhältnisse der Bergarbeiter, um den grenzenlosen Jammer unter den Bergarbeitern zu erkennen. Schon längst hätten sie Maßnahmen und Schritte tun müssen, um den Bergarbeitern mehr Lohn, mehr Verdienst zu verschaffen. Sie als Führer der Bergarbeiter mußten dafür sorgen, daß das Elend der breiten Massen nicht noch größer wurde! Was haben sie getan? Das Organ des Stinnes, des großen Sklavenhalters im Ruhrgebiet, die „Deutsche Allg. Zeitung", lüftet den Schleier:

„Daß sich in den Monaten Februar, März und April der Bergarbeiterlohn in der gleichen Höhe bei diesen schweren Zeiten gehalten hat, ist vor allen Dingen der Einsicht der Bergarbeiter zu danken."

Treibt dieser „Dank" des Stinnesblattes den Führern des Alten Verbandes nicht die Schamröte ins Gesicht? Haben sie schon jemals offenkundiger den Dank von Stinnes empfangen? Bergarbeiter, seht ihr noch nicht ein, wie man euch schändlich und heuchlerisch betrügt? Der Vorstand stellt selbst fest, daß die Verteuerung der Lebensmittel um 23 Prozent innerhalb eines Monats vor sich gegangen ist, aber erst Ende April tritt er in Lohnverhandlungen ein und mit welchem Ergebnis? Die Arbeitgeber wollen von einer Lohnerhöhung ohne Kohlenpreiserhöhung nichts wissen. Der Reichswirtschafts-Minister lehnt eine Kohlenpreiserhöhung ab. Eine Prüfung ergab, daß die Grubenbesitzer ohne große Schmerzen und ohne Kohlenpreiserhöhung 10 Prozent Lohnerhöhung gut ertragen können. Auch darüber, ob vom 15. April oder erst vom 1. Mai die Lohnerhöhung eintreten sollte, konnte man sich einigen. Also mußte der Schlichtungsausschuß einen Spruch fällen. **10—13 Prozent Lohnerhöhung war das Resultat.** Vom christlichen Gewerkverein wurde dieser Spruch bereits in voriger Woche abgelehnt. Der Alte Verband legte den Spruch der Reichslohnkommission am Sonntag in Bielefeld vor. Diese lehnte den Spruch ebenfalls ab, nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Die Konferenz verlangt, daß die Bergarbeiterlöhne den Teuerungsverhältnissen angepaßt werden und beauftragt den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, sofort in erneute Verhandlungen mit den Arbeitgebern und der Reichsregierung zu treten. Das Resultat derselben soll eventuell einer neu einzuberufenden Konferenz der Reichslohnkommission vorgelegt werden!

Wir müssen schon sagen, dürftiger, nichtssagender ist nur noch selten in einer so bedrängten Lage der Bergarbeiterschaft der Alte Verband begegnet! Das alte Spiel soll fortgesetzt werden! Neue Verhandlungen, neuer Schacher, neues Feilschen. Mittlerweile können die Kumpels verrecken. Und das Ergebnis des neuen Schachers soll eventuell, hört ihr's, Kumpels, eventuell soll es noch einmal der Reichslohnkommission vorgelegt werden! Haben sich die Bergarbeiter deshalb in jahrzehntelanger Arbeit unter den heftigsten Kämpfen gegen die Grubenbarone den Verband geschaffen, daß so mit ihren Interessen Schindluder getrieben wird? Warum beruft der Verband nicht eine Revierkonferenz ein? Warum läßt der Verband nicht in seinen Zahlstellen neue Delegierte zu einer wirklichen Revierkonferenz wählen? Haben die Mitglieder im Verbande nur noch das Recht, Beiträge zu zahlen und sonst das Maul zu halten? Die Grubenbarone verstehen es besser, ihre Forderungen anzumelden und durchzudrücken! 400 Milliarden Mark Forderungen haben sie bei der Regierung angemeldet für Erstattung verausgabter Lohnsummen. Das Reich soll den Grubenbaronen den Patriotismus bezahlen. Den durch die wenige Förderung entstandenen Ausfall an Gewinn in Höhe von 400 Milliarden Mark wollen sie vom Reich erstattet haben. Damit noch nicht genug. Die Grubenbesitzer haben die Absicht, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, die Beträge, die für die eventuelle Lohnerhöhung in Frage kommen, als unproduktive Ausgabe anzusehen, so daß das Reich diese Ausgaben trägt aber nicht die Bergwerksbesitzer!

Unerhört sind die Summen, die den Kohlenbaronen schon bisher in den unersättlichen Schlund geworfen wurden. Ungezählte Milliarden Kohlensteuer wurden ihnen gestundet. Das Kohlensyndikat erhielt vor einiger Zeit vom Reich ein Darlehen von 700 Milliarden Mark, dann 400 Milliarden für Erstattung verausgabter Lohnsummen, die Lohnerhöhung soll abgewälzt werden, wo ist das Ende? Auf der einen Seite riesige, nie geahnte Gewinne der Unternehmer und auf der anderen Seite grenzenloses Elend! Ein Arbeitervolk geht zu Grunde, weil seine Führer zu feige, zu erbärmlich waren, die vorhandenen Energien zusammenzufassen und zum Kampfe zu führen. Die Bergarbeiterschaft hat als erste Pflicht die, zuerst seine eigene Lage zu verbessern und damit die Lage der Gesamtarbeiterschaft. Die Führer der arbeitsgemeinschaftlichen Verbände müssen gezwungen werden, die Lohnfrage sofort vor die Mitglieder zu bringen. Wenn die Führer versagen, dann müssen die Mitglieder reden. Nirgendwo ist es leichter, eine geschlossene Kampffront aller Arbeitenden herzustellen, wie in dem Kampf um bessere Entlohnung, mehr Brot, mehr Kleidung. Die Losung der nächsten Tage muß sein: Herstellung der gemeinsamen Kampffront aller Bergarbeiter gegen die Grubenbesitzer! Schon zu lange haben die Arbeiter gewartet. Zu lange haben sie sich von Versprechungen ködern lassen. Die Stunde des Handelns ist gekommen. Sofort müssen Belegschafts- und Zahlstellenversammlungen stattfinden, wo die Bergarbeiter selbst Stellung nehmen zur Lohnfrage. Die Erbitterung unter dem Bergproletariat ist in den letzten Tagen riesenhaft gewachsen. Die Abwehraktion gegen die französische Besetzung wurde nicht geführt von den Grubenkapitalisten, sondern von den Bergarbeitern. Den Dank erhalten sie von diesen Herren: 10—13 Prozent Lohnerhöhung, wo die Lebenshaltung um das Vielfache gestiegen ist! Den Grubenbaronen muß klar und deutlich gezeigt werden, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Bergarbeiterschaft muß dieser unbegrenzten und grenzenlosen Ausbeutung einen Damm entgegen setzen. Die Unternehmer mögen den Kampf haben wenn sie ihn wollen.

———

Oppeln. Wir haben eine freie Mandolinenkapelle gehabt! Aufgestellt und eingerichtet durch Kollegen Meise, unterstützt von der freien Sportvereinigung, brachte diese es zu einer anerkannt künstlerischen Höhe. Es war eine Freude, diese Kapelle in dem letzten deutsch-russischen Meeting der KPD. zu hören und den Kollegen Meise im schwarzen Schwenker den Taktstock schwingen zu sehen.

Doch wie sagt die Bibel schon: „Wer hoch ist, wird erniedrigt werden." Unserer lieben Mandolinenkapelle stieg der „Künstler"stolz in den Kopf und brach die Beziehungen zur freien Sportvereinigung ab. Selbst ist der Mann, so dachten unsere „Künstler" und errichteten einen eigenen Laden. Der freien Sportvereinigung wurde damit in pekuniärer Hinsicht ein Gefallen erwiesen. Kollege Meise führte auch hier, trotzdem ihm der Abzug nicht gefiel, auf Wunsch das Zepter weiter. Doch was eine richtige „Künstlerehre" ist, die geht noch weiter und macht ganze Arbeit. Der 1. Mai rückte heran, einige Mitglieder verlangten Abstimmung und siehe, die „Künstler" waren schon soweit rechts gerutscht, daß sie es mit ihrem „Stolz" nicht vereinbar hielten, am 1. Mai im Demonstrationszuge mitzumarschieren und zu spielen. Das ging dem Kollegen Meise doch über die Hutschnur und er legte seinen Taktstock kurzerhand weg und trat aus der Kapelle aus. Nun sind die Lämmchen ohne Hirten und die „freie" Mandolinenkapelle existiert nur noch dem Namen nach, denn was eine rechte reaktionäre Herde ist, muß auch einen reaktionären Leithammel haben. In den nächsten Tagen soll auch der Name „freie" gestrichen werden und dafür wahrscheinlich Hakenkreuz gesetzt werden. Hin ist hin. — Hoffen wir, daß mit den vernünftigen und wirklich freien Mitgliedern der Kapelle, die ihren Austritt schon angesagt haben, eine neue freie Mandolinenkapelle aufgestellt wird, die proletarischen Geist mit der Freude an Kunst und Musik vereinigt.

Roßwach[illegible]. Kommunistische Fortschritte. Am [illegible] Sonntag hielt Genosse Beimel, Neustadt, ein Referat über „Faschismus und Ruhrkrieg". Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. 20 Arbeiter traten der Partei sofort als neue Kämpfer bei, sodaß wir sofort eine Ortsgruppe gründen konnten. Ein gleiches Referat hielt Genosse Beimel am selben Tage in Friedersdorf. Die Versammlung war gut besucht und endete mit einem Erfolg für uns. An diesem Ort versucht der deutschnationale Lehrer eine Ortsgruppe zu gründen. Infolge der Aufklärungsarbeit unser jungen Ortsgruppe gelingt ihm dies aber nicht. (Wo bleibt die Aufklärungsarbeit der VSPD.? Es sind jetzt keine Wahlen!)

Aus Gewerkschaften und Betrieben

Arbeitszeitverlängerung in der Landwirtschaft

Nachdem der Deutsche Landarbeiterverband in Ostpreußen 57 Pflichtüberstunden jährlich zugestimmt hat, nachdem er seine Zustimmung gab für die Verlängerung der Arbeitszeit in Mecklenburg, gehen die Agrarkapitalisten daran, auch in Pommern und in der Provinz Brandenburg die Arbeitszeit zu erhöhen. In Pommern diktiert der Landbund kurzer Hand die Erhöhung der Arbeitszeit. Der Landarbeiter, der nicht damit einverstanden ist, fliegt aus dem Betrieb. In der Provinz Brandenburg, in den Kreisen Soldin und Westhavelland, diktieren die Landbündler eine Erhöhung der Arbeitszeit um 100 Stunden im Sommer. Die gesamte Landarbeiterschaft muß gegen die Arbeitszeitverlängerungs-Offensive der Agrarkapitalisten Front machen.

Nach einer B. Z.-Meldung steht in den Kreisen Soldin und Westhavelland ein Landarbeiterstreik bevor, der Streik werde in den freigewerkschaftlichen Landarbeiterkreisen bereits propagiert. Meldungen über Streikrüstungen in einzelnen Kreisen anderer Gebiete liegen uns ebenfalls vor. Es scheint, als ob der DLV. seine Taktik, die er in den letzten Jahren zum Schaden der Landarbeiterbewegung durchgeführt hat, fortsetzen will. Er führte die Landarbeiter kreisweise in Kämpfe, widersetzte sich jeder Ausweitung dieser Streiks und ermöglichte dadurch der Technischen Nothilfe die Niederschlagung der Landarbeiter. Ferner werden diese kreisweisen Streiks nicht geführt während der Bestellzeit oder während der Ernte, sondern in den Monaten, wo für die Gutsbesitzer die Technische Nothilfe ausreicht, wo die Landarbeit nicht drängt. Die Resultate solcher Taktik sind leicht zu erkennen. Sie sind: Niederschlagung der Landarbeiter in den einzelnen Kreisen; Durchführung der Arbeitszeitverlängerung und des Lohnabbaues; Zermürbung der Kampfkraft der Landarbeiter, Zerfall der freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation, völlige Auslieferung der Landarbeiter an die Willkür der Gutsbesitzer. Die Taktik der DLV.-Bürokratie bedeutet Vorschub für die agrarkapitalistische Offensive und damit ungeheure Gefahr nicht nur für die Landarbeiter, sondern für das gesamte Proletariat.

Die Landarbeiterschaft muß die Durchführung dieser Taktik verhindern. Es gilt, wenigstens in ganzen Gauen alle Vorbereitungen zu einem mächtigen Schlag gegen die Gutsbesitzer zu treffen, damit im ganzen Gau bei Aufruf zum Streik eine geschlossene Front steht und auch der letzte Landarbeiter, Schweizer, Viehfütterer die Arbeit einstellt. Dann wird auch außer der Bestell- und Erntezeit die Technische Nothilfe nichts ausrichten können und der Sieg dem Landproletariat gehören.

Worowskis Lebensgang

Wenzeslaus Worowski ist im Jahre 1871 als Sohn von polnischen und katholischen Eltern geboren. Er absolvierte in Petersburg die Technische Hochschule, studierte dann auch im Ausland. Seine Teilnahme an der revolutionären Bewegung begann Mitte der 90er Jahre in Odessa. Er schloß sich dann der bolschewistischen Richtung an und war mehrere Jahre in verschiedenen Städten Süd-Rußlands tätig. Ende 1904 verließ er Rußland und war im Ausland Mitglied der Redaktion des „Proletarij", des Zentralorgans der Bolschewiki. Während der Revolution 1905 weilte er wieder in Petersburg, wo er sich an der Redaktion der ersten bolschewistischen Zeitung „Das neue Leben" beteiligte und auch Mitarbeiter aller legalen und halblegalen bolschewistischen Zeitungen und Zeitschriften war, die in Petersburg und anderen Städten Rußlands in den Jahren 1905/07 erschienen. Er schrieb damals unter dem Namen Orlowski. Als Delegierter nahm er teil an den meisten illegalen Parteitagen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, im Jahre 1906 vertritt er deren Zentralkomitee auch im Parteitag der Sozialdemokratie Polens. Worowski beteiligte sich aktiv an den Wahlkampagnen zu den Reichsdumas, und zwar während der ganzen Zeitspanne zwischen 1906/12. Ende 1907 und dann nochmals Anfangs 1908 wurde er verhaftet und aus Petrograd deportiert. Er begab sich nach Odessa, wo er als Ingenieur eine Anstellung fand und gleichzeitig in der bolschewistischen Parteiarbeit tätig war. 19122 wird er wieder verhaftet und in das Gouvernement Wologda verbannt. Von der Verbannung aus arbeitete er an Parteizeitschriften mit. Kurz vor Ausbruch des Krieges, als die Frist der Verbannung abgelaufen war, reiste er wieder ins Ausland. Während des Krieges lebte Worowski in Schweden, wo er als Ingenieur in der Firma Siemens-Schuckert angestellt war. Im Jahre 1917, nach der Februar-Revolution, vertrat er zusammen mit den Genossen Radek und Hanetzki im Ausland das Zentralkomitee der Bolschewiki-Partei. Nach dem Sieg der Oktober-Revolution wurde er zum Bevollmächtigten Vertreter der SRFSR. in Skandinavien und bekleidete das Amt bis zum Beginn der Blockade und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Schwedens mit Rußland. Nach Rußland zurückgekehrt, wurde er an die Spitze des neuorganisierten Staatsverlages gestellt. Anfangs 1921 erfolgte seine Ernennung zum Vertreter Sowjetrußlands in Italien. Im Jahre 1922 war er Mitglied der Sowjet-Delegationen in Genua und in Lausanne. Worowski war einer der besten Schriftsteller und Publizisten der bolschewistischen Partei. Während der Zarenzeit unterzeichnete er seine Artikel und Broschüren mit dem Namen P. Orlowski und J. Adamowicz.

Worowskis letzter Brief

Er ahnt, was kommt und stellt die Verantwortung der Schweizer Regierung fest

In einem aus Lausanne vom 9. Mai datierten Brief, der in Berlin nach seinem Tode einlief, machte Worowski im voraus die schweizerische Regierung und vielleicht noch eine andere „ausländische Hand" für das verantwortlich, was er klar kommen sah. Der Brief, aus dem wir nachstehend in wortgetreuer Uebersetzung die entsprechenden Stellen anführen, war an eine Privatadresse eines der Sowjetbeamten in Berlin adressiert, da die schweizerische Regierung bekanntlich das Visum für russische Kuriere verweigerte. Freitag gegen mittag rief die Wirtin des Adressaten des Briefes telephonisch an und teilte ihm mit, ein Eilbrief aus Lausanne sei angekommen. Es war der Brief Worowskis. Es heißt in diesem Brief

„... Sonntag erschienen im Hotel einige junge Leute mit irgend einem Apotheker an der Spitze und indem sie sich als Delegation der „Nationalen Liga" ausgaben, begannen sie über meine Position in bezug auf die schweizerische Regierung zu sprechen. Ich habe sie empfangen und Genosse Arends, der zu uns hereinkam, um zu erfahren, worum es sich handele, wies sie zurück, indem er erklärte, daß sie sich mit solchem Ansinnen an ihre eigene Regierung wenden sollten. Jetzt laufen sie in der Stadt herum, schreien überall, daß sie uns mit Gewalt zwingen werden, die Schweiz zu verlassen usw. Ob die Polizei irgendwelche Maßnahmen zu unserem Schutze unternimmt, ist uns unbekannt. Aeußerlich ist nichts zu bemerken. Hinter diesen jungen „Hooligans" fühlt man sehr deutlich eine fremde bewußte Hand, vielleicht auch eine ausländische. Die schweizerische Regierung, die über alles so gut informiert ist, weil die Zeitungen voll davon sind, muß die Verantwortung für unsere Unverletzbarkeit tragen. ... Ich habe über diese Drohungen nach Moskau berichtet. Möglich, daß Moskau Sie beauftragen wird, dem schweizerischen Vertreter in Berlin ... mit voller Bestimmtheit wissen lassen, daß wir diesmal mit uns nicht spaßen lassen, da die Haltung der schweizerischen Regierung eine unerhörte Verletzung der Garantien ist, die am Anfang der Konferenz gegeben wurden, und jeder Angriff, in diesem besonders wohlgeordneten Lande nur mit Wissen und Duldung der Behörden möglich ist. Nun sollen sie die Verantwortung tragen. Mit kameradschaftlichem Gruß

gez. Worowski."

„Patrioten aller Länder, vereinigt Euch!"

In einem Leitartikel des „Robotnik", des Zentralorgans der sozialistischen Partei Polens (PPS.), vom 3. Mai, schreibt dieses Blatt zur Begrüßung des Marschalls Foch in Warschau:

„Der Marschall Foch errang einen entscheidenden Sieg über die Deutschen und stürzte das deutsche Kaiserreich ... Indem also Polen heute den Marschall Foch empfängt, begrüßt es in ihm den Vertreter Frankreichs, der durch seine Waffentat mächtig dazu beigetragen hat, daß wir ein unabhängiges Vaterland wieder erlangt haben ... Und jetzt sind wir durch ein politisches Bündnis mit Frankreich verbunden ... In der jetzigen Weltlage betrachten wir das polnisch-französische Bündnis als eine politische Notwendigkeit, für eines der Mittel, den polnischen Staat zu sichern." Es folgen einige Hiebe gegen Sowjetrußland und Deutschland, die den Bestand des polnischen Reiches bedrohen, und dann der Schluß: „Im Besuch Fochs wollen wir das Symbol des polnisch-französischen Bündnisses sehen zwecks Sicherung des Friedens."

Die PPS. ist bestimmt, eine der Säulen der in Hamburg zu errichtenden „Internationale" zu werden. Warum auch nicht? „Patrioten aller Länder, vereinigt Euch!"

Kapitalistisches Wettrüsten zur Luft!

WTB, London, 10. Mai.

Lord Birkenhead fragte in der gestrigen Oberhaussitzung, welche Informationen sie über den Bau von Flugzeugen in Deutschland habe und welches die Politik der Regierung hinsichtlich des Luftstandards sei, den die Sicherheit Englands erfordere. England besitze 54 Fliegerabteilungen mit 395 Flugzeugen, verglichen mit 140 Fliegerabteilungen und 1260 Flugzeugen Frankreichs. Keine Regierung können die Fortdauer dieses Mißverhältnisses gestatten. Er habe Mitteilungen gelesen, nach denen in Deutschland und in Rußland unter Leitung früherer deutscher Offiziere fieberhaft an der Herstellung von Flugzeugen gearbeitet werde. Alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen lauten jedoch entgegengesetzt. Wenn es wahr sei, daß die Deutschen ihren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nachgekommen seien, daß heute in Europa kein großer Flugzeugbau stattfinde, so könne man mit den Zahlen, die er gegeben habe, nicht zufrieden sein. (Hört, hört!) Lord Haldane erklärte, **England müsse einen angemessenen Heimatschutz gegen Luftangriffe haben.** Lord Salisbury erwiderte namens der Regierung, es bestehe keinerlei Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung dem Versailler Vertrag zuwiderhandle. Die deutsche Flugzeugindustrie scheine jedoch bis zu einem gewissen Maße außerhalb Deutschlands entwickelt zu werden. Die im Bau befindlichen Handelsflugzeuge entsprächen allen unter dem Friedensvertrag aufgestellten Regeln, mit Ausnahme eines Luftschiffes, das in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut werde. Lord Salisbury fuhr fort, es sei nicht ganz fair, die Franzosen wegen der Schaffung ihrer Luftstreitkräfte zu kritisieren. Es würde sehr falsch sein, in Anbetracht des sehr natürlichen Wunsches Frankreichs, jede Vorsicht auszuüben, Klagen darüber zu führen, daß Frankreich eine so bedeutende Luftstreitkraft geschaffen habe. Es sei zu hoffen, daß die Vernunft (???) der europäischen Staatsmänner einen Weg finde, um jeden selbstmörderischen Rüstungswettbewerb (!!) zu vermeiden. Lord Salisbury erklärte am Ende der Rede jedoch, **die Regierung halte eine beträchtliche Vermehrung der Luftstreitkräfte für erforderlich.**

Weil er Soldaten eine kommunistische Zeitung lesen ließ ... Ein in Vorhalle bei Hagen i. W. beschäftigter Erdarbeiter gab die „Rote Tribüne" einigen Soldaten des 150. Regiments. Kurz darauf wurde er von einem französischen Offizier und einigen Soldaten verhaftet.

Ungeheueres Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Nach den Mitteilungen in dem eben erschienenen Heft Reichsarbeitsblatt ist die Arbeitslosigkeit im Monat März wieder gewaltig gestiegen, auch die Zahl der Kurzarbeiter nahm außerordentlich stark zu. In den Arbeiter-Fachverbänden sind von je 100 Mitgliedern 5,7 Anfang April arbeitslos gewesen, gegen 5,5 Anfang März. Die Statistik der unterstützten Erwerbslosen gibt ein unvollständiges Bild, da aus dem Rheinland keine Meldungen vorliegen. Unterstützung erhielten am 1. April 224 808 Personen, 193 118 im Vormonat. Außerdem erhalten 110 020 Kurzarbeiter-Unterstützungen. Die Arbeitsnachweisstatistik zeigt ebenfalls das gewaltige Steigen der Arbeitslosigkeit. Auf je 100 offene Stellen kamen 840 arbeitsuchende Männer, auf dem weiblichen Arbeitsmarkt 150 arbeitsuchende Frauen. Am 12. April lagen bei den Arbeitsnachweisen 614 292 unerledigte Arbeitsgesuche gegen 500 493 am 16. März vor, denen nur 65 158 verfügbare offene Stellen gegenüberstanden. Die Mitgliederstatistik der Krankenkassen ergibt, daß am 1. März 13 123 682 Personen angemeldet waren, am 1. April nur 12 970 150. Die Abnahme beträgt 1,2 Prozent.

Nach den Statistiken der Arbeiter-Fachverbände ergibt sich, daß bei den Tabakarbeitern 37,3 Prozent arbeitslos waren, im Baugewerbe sind 13,7 Prozent. Vom 1. bis 17. April ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 224 000 auf 264 000 weiter gestiegen.

Während jeder 17. Arbeiter in Deutschland arbeitslos ist, arbeitete Anfang April jeder vierte Arbeiter verkürzt. Nach dem Bericht der Arbeiter-Fachverbände waren von 5 117 651 Mitgliedern 1 237 356 Kurzarbeiter. Am meisten Kurzarbeiter waren bei den Schuhmachern mit 66,9 Prozent, bei den Textilarbeitern mit 52,7 Prozent, bei den Bekleidungsarbeitern mit 42,4 Prozent und bei den Tabakarbeitern mit 40,1 Prozent. Es folgen Metallarbeiter 20,9 Prozent, Fabrikarbeiter 20,2 Prozent. Die Not der Kurzarbeiter ist daraus zu ermessen, daß 40 Prozent einen wöchentlichen Arbeitsstundenverdienst von 17 bis 24 Stunden, 10,8 Prozent von mehr als 24 Stunden zu verzeichnen haben. Die Hälfte der Kurzarbeiter arbeitet also mit halbem Lohn.

Die Arbeitslosigkeit in den Arbeiter-Fachverbänden mit durchschnittlich 5,7 Prozent hat den höchsten Stand seit August 1920 erreicht. Es ist notwendig, daß Arbeiter und Arbeitslose für ausreichende Arbeitslosenunterstützungen und in den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftspolitik eintreten.

Fortschreitende Verschlechterung des Beschäftigungsgrades in der Metallindustrie

Die Statistik des Deutschen Metallarbeiterverbandes zeigt für die dritte Aprilwoche ein Wachsen der Arbeitslosenzahl von 4,1 auf 4,6 Prozent der von der Berichterstattung erfaßten 1 778 420 Arbeiter. Der Anteil der Kurzarbeiter stieg in der gleichen Zeit von 17,8 auf 19,2 Prozent. Am ungünstigsten sind die Zahlen aus den Bezirken Köln, Stuttgart und Erfurt, aus

---

Die eiserne Ferse.

Ein sozialer Roman von Jac London.

41]

„Aber wenn die Bauern, und dadurch auch wir, nicht in den Besitz der vollziehenden Gewalt gelangen sollten?" fragte Ernst. Und seine Genossen schalten ihn einen Schwarzseher.

Aber die Möglichkeit, daß die Bauern nicht die Regierung der Staaten bekommen sollten, war nicht die größte Gefahr, an die Ernst dachte. Was er voraussah, war der Abfall der großen Arbeiterverbände und innerhalb der Arbeiterverbände das Entstehen von privilegierten Kasten.

Ich vergesse nie den Abend, als Ernst nach einer hitzigen Auseinandersetzung mit einem halben Dutzend Arbeiterführer sich zu mir wandte und ruhig sagte. „Das gibt den Rest. Die Eiserne Ferse hat gewonnen. Das Ende ist in Sicht."

Diese kleine Besprechung in unserem Heim war nicht offiziell. Aber Ernst und seine Freunde wollten Gewißheit haben, daß die Arbeiterführer beim nächsten Generalstreik ihre Leute auch wirklich aufrufen würden. O'Connor, der Präsident des Verbands der Maschinenarbeiter, weigerte sich von den sechs Führern am meisten, diese Zusicherung zu geben.

„Ihr habt gesehen, daß ihr bei eurer alten Streik- und Boykott-Taktik gründlich geschlagen worden seid," drängte Ernst.

O'Connor und die übrigen nickten mit dem Kopf.

„Und ihr habt gesehen, was für eine Wirkung ein Generalstreik hat," fuhr Ernst fort. „Wir verhinderten den Krieg mit Deutschland. Es gab noch nie eine solche glänzende Entfaltung von Arbeitersolidarität und Macht. Der Arbeiter kann und wird die Welt beherrschen. Wenn ihr uns zur Seite bleibt, dann werden wir der Herrschaft des Kapitals eine Ende bereiten. Das ist unsere einzige Hoffnung. Und was weiter ist, das wißt ihr. Da gibt es keinen andern Ausweg. Einerlei, was ihr nach eurer alten Taktik unternehmt, ihr seid zur Niederlage verurteilt, und wenn aus keinem anderen Grunde, als aus dem, daß die Herren die Gerichte in ihrer Gewalt haben."

„Sie laufen zu schnell vorwärts," antwortete O'Connor. „Sie kennen nicht alle Auswege. Es gibt da noch andere. Wir wissen, woran wir sind. Wir sind des Streikens satt. Diese Streiks sind die Schuld, daß unsere Organisationen zu einem Fetzen zusammengeschlagen sind. Aber ist glaube auch nicht, daß es jemals notwendig sein wird, unsere Leute zum Generalstreik herauszurufen."

„Nun, welches ist euer Ausweg?" fragte Ernst barsch.

O'Connor lachte und schüttelte den Kopf. „Ich sage Ihnen nur so viel: Wir haben nicht geschlafen. Auch jetzt träumen wir nicht."

„Es ist hoffentlich nichts, vor dem man sich fürchten oder dessen man sich schämen muß," forderte Ernst zu wissen.

„Ich glaube, daß wir unser Geschäft gut genug verstehen," war die Antwort.

„Nach der Art, wie Sie damit hinter dem Berge halten, muß es nicht ganz sauber sein," sagte Ernst mit wachsendem Aerger.

„Wir haben unsere Erfahrung mit Schweiß und Blut bezahlt, und wir haben alles verdient, was uns zuteil wird," war die Erwiderung. „Uns liegt das Hemd näher als der Rock."

„Wenn ihr Angst habt, mir euren Ausweg zu nennen, dann will ich ihn euch nennen." Ernsts Blut wallte auf. „Ihr tretet für eine Interessengemeinschaft mit dem Kapital ein. Ihr habt mit dem Gegner Verträge gemacht; das habt ihr getan. Ihr habt die Sache der Arbeiter, aller Arbeiter verraten. Ihr verlaßt wie Feiglinge das Schlachtfeld."

„Ich sage nichts," antwortete O'Connor mürrisch. „Nur denke ich, daß wir ein klein wenig besser als Sie wissen, was für uns das Vorteilhafteste ist."

„Aber Sie kümmern sich nicht für einen Cent um das, was für die Gesamtheit der Arbeiter am vorteilhaftesten ist. Das treten Sie in die Golfe."

„Ich sage gar nichts," erwiderte O'Connor, „als daß ich Präsident des Maschinenarbeiterverbandes bin, und daß es meine Pflicht ist, die Interessen derjenigen wahrzunehmen, die ich vertrete. Das ist alles."

Nachdem die Arbeiterführer uns verlassen hatten, erklärte mir Ernst ganz ruhig, welchen Gang die Ereignisse wahrscheinlich nehmen würden.

„Wir Sozialisten," sagte er, „pflegten mit Vergnügen den Tag vorauszusagen, an dem die organisierten Arbeiter vom wirtschaftlichen Feld, auf dem Sie noch jedes Mal besiegt wurden, endlich auf das politische hinübergehen würden. Gut, die Eiserne Ferse hat die Arbeiterverbände auf wirtschaftlichem Gebiet geschlagen, und sie dadurch — nach unserer Theorie — auf das politische Gebiet getrieben. Aber anstatt, daß das für uns angenehm ist, wird es eine stete Quelle von Sorgen für uns sein. Die Eiserne Ferse hat ihre Lektion. Wir zeigten ihr unsere Macht anläßlich des Generalstreiks. Deshalb hat die Eiserne Ferse Schritte unternommen, einen zweiten Generalstreik zu verhindern."

„Wieso?" fragte ich.

„Einfach dadurch, daß sie die großen Verbände gekauft hat. Diese Verbände werden beim nächsten Generalstreik nicht mitmachen. Deshalb wird es keinen Generalstreik mehr geben."

„Aber die Eiserne Ferse kann doch nicht ewig ein so kostspieliges Programm durchführen," warf ich ein.

„Oh, sie hat nicht alle Verbände gekauft. Das ist auch gar nicht notwendig. Es wird so kommen, wie ich jetzt sage. Die Löhne werden erhöht und die Arbeitsstunden verkürzt werden, und zwar bei den Eisenbahn-, Eisen- und Stahlarbeiter-, den Techniker- und den Maschinistenverbänden. In diesen bevorzugten Verbänden werden dadurch immer günstigere Bedingungen herrschen. Deshalb wird die Mitgliedschaft in diesen Verbänden wie ein Sitz im Paradiese sein."

„Das ist mir noch nicht klar," warf ich ein. „Was wird aus den anderen Verbänden? Denn die Zahl der auf diese Weise bevorzugten Verbände ist doch gering."

„Die nichtunterstützten Verbände werden alle zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Denn, sieh nur hin, die Eisenbahner, die Maschinisten und Techniker, die Eisen- und Stahlarbeiter verrichten alle für unsere maschinelle Kultur lebenswichtige Arbeit. Ihrer Gefolgschaft gewährt die Eiserne Ferse den übrigen Arbeitern ein Schnippchen schlagen. Eisen, Stahl, Kohlen, Maschinen und Transport bilden das Rückgrat des ganzen industriellen Gebäudes."

„Aber die Kohlen?" fragte ich. „Es gibt doch fast eine Million Arbeiter in den Kohlenbergwerken."

„Das sind meist ungelernte Arbeiter. Die zählen nicht. Ihre Löhne werden fallen, und ihre Arbeitszeit wird verlängert werden. Sie werden Sklaven wie wir übrigen sein, und sie werden von uns allen wohl zu allererst am meisten zu einem Arbeitstiere herabsinken. Sie werden gerade so zur Arbeit gezwungen werden, wie Bauern, die jetzt für die Herren arbeiten müssen, die ihnen ihr Land abgegaunert haben. Und dasselbe wird auch bei allen anderen Verbänden der Fall sein, die nicht zu den bevorzugten gehören. Daß auch, wie diese Verbände wanken und zerbröckeln, wie ihre Mitglieder zu Heloten werden, die durch die Hungerpeitsche und die drakonischen Landesgesetze zur Arbeit getrieben werden.

Weißt du, was aus Farley und seinen Streikbrechern wird? Ich wills dir sagen. Streikbrecher als Beruf wird aufhören. Es wird keine Streiks mehr geben. An die Stelle der Streiks werden Sklavenrevolten treten. Farley und seine Rotte werden zu Sklaventreibern aufrücken. Oh, das Ding wird nicht beim rechten Namen genannt werden. Es wird einfach heißen, daß sie dem Gesetz, das die Arbeiter zur Arbeit zwingt, Geltung verschaffen. Durch diesen Verrat der großen Verbände wird der Kampf nur verlängert. Der Himmel weiß, wann und wo die Revolution „triumphieren" wird."

„Aber hat man, angesichts eines so mächtigen Bündnisses, wie es die Oligarchie und die großen Verbände geschlossen haben, überhaupt noch Grund, anzunehmen, daß die Revolution jemals triumphieren wird?" fragte ich. „Wird dieses Bündnis nicht ewig dauern?"

(Fortsetzung folgt.)

gültigsten aus den Bezirken Essen, Berlin und Königsberg. Das statistische Bild gibt, wie der Verband u. a. bemerkt, die trübe Lage nicht einmal voll wieder, weil eine Reihe von Verwaltungsstellen nur die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder und nicht die aller Metallarbeiter angibt. Ferner wurden die Notstandsarbeiter nicht gezählt, obwohl ihre Zahl hauptsächlich im besetzten Gebiet eine ganz enorme ist. Der günstige Stand der Statistik im Bezirk Essen ist sicher auf diese Tatsache zurückzuführen.

Waffenschiebungen

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag noch folgende Anfrage eingebracht:

„Am 27. April 1923, 1,55 Uhr früh, lief mit dem Güterzug 67184 aus Berlin ein Deckwagen Gn. Hannover 86187 auf dem Bahnhof Zossen ein, der vorschriftswidrig abgefertigt (auch durch die Zollbehörde abgefertigt) und nach der Tschecho-Slowakei bestimmt war. Laut Bahntelegramm, eingetroffen am 26. April, 10 Uhr abends, sollte dieser Waggon in Zossen abgehängt werden, was nach Eintreffen auch geschah. Der abgekuppelte Wagen wurde an der Verladerampe von acht Männern übernommen und von dem Führer, dessen Anordnungen die übrigen in militärischer Haltung entgegennahmen, die Zollplomben gewaltsam entfernt und sodann sofort die Verladung des Wageninhalts auf ein bereitstehendes Lastauto vorgenommen. Als benachrichtigte Bahnüberwachungsbeamte, Gendarmerie und Polizei erschienen, waren von 19 Kisten bereits 17 verladen. Eine geöffnete Kiste enthielt Maschinengewehrteile. Die Begleiter des Transportes wurden verhaftet und auf dem Güterboden von den Landjägern vernommen. Nachdem die Richtigkeit ihrer Ausweise, angeblich vom „Reichsministerium" ausgestellt, festgestellt wurde, wurden sie entlassen und sind mit dem Automobil in Richtung Jüterbog abgefahren. Der fragliche Waggon ging im Laufe des Tages wieder beladen und neu bezettelt von Zossen nach Groß-Lichterfelde-Ost weiter.

Wir fragen an:

Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt?

Wenn nicht, ist sie bereit, unverzüglich Nachforschungen über die fraglichen Vorgänge anzustellen und festzustellen, ob Waffenschiebungen für konterrevolutionäre Formationen vorliegen und ob sich irgendwelche Reichsorgane an diesen Schiebungen beteiligt haben.

Ist sie bereit, die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen?

Verdienstliche Backpfeifen

Ueber einen gewiß bisher noch seltenen Fall berichtet die „Volkswacht" für Mecklenburg aus Parchim. Ein Genosse hat im Winter ein Vergnügen des Eisenbahnbeamten-Vereins besucht. Hier spielte die Musik u. a. auch „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen". Der Genosse erinnerte den Vorsitzenden des Vereins, einen Exreaktionär, an seine Pflichten als republikanischer Beamter. Es entstand ein Wortwechsel, der Vorsitzende erhielt von dem Genossen einige Ohrfeigen. Der Rechtsbeistand des Klägers schlug vor, daß der Beklagte 10000 Mark für die „Ruhrhilfe" zahlen solle, worauf der Genosse erklärte: „Es kommt mir nicht auf das Geld an, sondern darauf, wohin es kommt. Ich schlage vor, es dem Reichsausschuß der Betriebsräte zu überweisen". Dieser Vorschlag wurde angenommen und auf dieser Grundlage ist ein Vergleich zustande gekommen.

Einer, der aus der Schule plaudert. Der Schriftsteller, Dichter, Dramatiker usw. usw. Hermann Bahr, der als Wiener auch heute noch zu den österreichischen sozialdemokratischen Größen die besten persönlichen Beziehungen unterhält, veröffentlicht in der „B. Z. am Mittag" vom 23. April eine Novelle. „Heimkehr" nennt sie der Bahr. Hier eine Stelle aus dem Dialog: „Du wirst schon mit der Zeit auch noch umlernen und den Sozialdemokraten gerechter werden. Denn ich kann Dir nur sagen: Wenn wir die Sozialdemokraten nicht gehabt hätten, hätten wir am End' eine wirkliche Revolution gehabt!" Herr Stampfer, Chefredakteur vom „Vorwärts", werden Sie jetzt dem verwegenen Plauderer Hermann Bahr Ihre Freundschaft kündigen?

Aus der Partei

Sitzung des Zentralausschusses der KPD.

Die Zentralausschuß-Sitzung der KPD. findet am Mittwoch, den 16. und Donnerstag, den 17. Mai in Berlin statt. Beginn der Sitzung am Mittwoch vormittag 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. **Stellungnahme zur erweiterten Exekutivsitzung.**
2. **Bericht der Delegation.**
3. a) **Durchführung der organisatorischen Richtlinien des III. Weltkongresses in der deutschen Partei,**
   b) **Die proletarischen Betriebshundertschaften als Einheitsfrontorgane.**
4. **Die Lage in den freien Gewerkschaften und unsere Aufgabe.**

An der Zentralausschuß-Sitzung nehmen teil: die auf dem Parteitage gewählten Zentralausschuß-Mitglieder, aus jedem Bezirk der politische Sekretär sowie die leitenden Redakteure der selbständigen Zeitungen.

Mit kommunistischem Gruß
Die Zentrale der KPD.

Neue Literatur

„Das proletarische Kind" Nr. 5

Internationale Monatsschrift für kommunistische Schulpolitik und Pädagogik, Mitteilungsblatt für Kindergruppenleiter, Eltern und Lehrer. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 63. Preis 400 Mark.

Aus dem Inhalt: Die kommunistische Kinderbewegung in Sowjetrußland. — Die Kinderbewegung in England. — Praktische Anregungen für Spiele im Freien. — Vormarsch der Schulreaktion in Deutschland. — Die weltliche Schule. — Das Institut für kommunistische Erziehung in Moskau. — Internationales Kinderelend.

Arbeiter-Sportbewegung

Kreiswettkämpfe des Arbeiterschachbundes

Im 7. Kreis (Schlesien) des Deutschen Arbeiterschachbundes werden an den kommenden beiden Pfingstfeiertagen die Kreiswettkämpfe in Breslau ausgetragen. Bis jetzt haben die Vereine Breslau, Liegnitz, Hermsdorf, Neusalz a. Oder, Sagan, Grünberg, Bunzlau, Görlitz und Hindenburg ihr Erscheinen sowie Mitwirken an dieser Veranstaltung zugesagt.

Unseren hiesigen Mitgliedern zur Mitteilung, daß am Sonnabend, den 19. Mai, von 6 Uhr abends an eine Zusammenkunft mit den auswärtigen Gästen im Zimmer 7 und 8 des Gewerkschaftshauses stattfindet. Die Wettkämpfe selbst finden am 1. Feiertag von vorm. 9—12 Uhr und von nachm. 2½—7 Uhr abends, am 2. Feiertag von vorm. 9—12 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Zu diesen Kämpfen sind Schachinteressenten sowie Gäste herzlichst eingeladen. Am 2. Feiertag, nachm. 5 Uhr, findet im kleinen Saale eine interne Abschiedsfeier zu Ehren der auswärtigen Gäste statt. Die zur Abschiedsfeier zur Ausgabe gelangenden Ausweiskarten sind von den Mitgliedern bei den Abteilungsleitern abzuholen bzw. in Empfang zu nehmen. Es ist auch die Pflicht eines jeden unserer Mitglieder, sich an diesen Tagen dem Verein vollständig zur Verfügung zu stellen.

Zur Unterbringung von auswärtigen Mitgliedern benötigt der „Arbeiter-Schachverein Breslau" noch eine Anzahl Quartiere für zwei Tage. Wir richten deshalb nochmals die dringende Bitte an alle Genossen, Arbeitersportler sowie Schachinteressenten, uns Quartiere zur Verfügung zu stellen. Sollte Entschädigung dafür gewünscht werden, dann bitte bald um Angabe des Satzes. Diesbezügliche Angebote können am Büfett des hiesigen Gewerkschaftshaus-Restaurants oder auch selbst bei dem Schachgenossen Alfred Gärtner, Breslau 10, Weinstraße 84 abgegeben werden.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Schocher. Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD — Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 3887. Adresse: Alfr. Oeßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Freiburg. Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Buchwald (Hinterzimmer) Mitgliederversammlung. Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Gottesberg. Mittwoch, den 16. Mai, abends 6,30 Uhr, im Hotel „Schwarzes Roß" (Ring) öffentliche Volksversammlung gegen die Polizeidiktatur im Preußenparlament. Erscheint in Massen.

Gleiwitz. Mittwoch, den 16. Mai, nachm. 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Hüttengasthaus. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

KJD — Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 67595 Max Gläser.

Alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend, Bezirk Schlesien, werden hiermit aufgefordert, bis zum 15. Mai die Adresse der Vorsitzenden an die Adresse der B.L. einzusenden.

Breslau. Heim Lenin. Dienstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im Schulhaus Anderssenstr. 58/62, Mittelhaus rechts, Zimmer 2, Heimabend. Gäste herzlich willkommen.

— Heim Trotzki. Dienstag, den 15. Mai, im Schulhaus Hirtenstr., Kinderhortzimmer, Heimabend. Gäste sind eingeladen.

— Heim Liebknecht. Dienstag, den 15. Mai, im Schulhaus Teichstraße, Vortrag des Genossen Werner über die politische Lage. Alles muß erscheinen. Sympathisierende mitbringen.

— Heim Luxemburg. Mittwoch, den 16. Mai, im Schulhaus Brockauerstr. 8/12, Heimabend. Thema: Unser Kampf gegen den Faszismus. Gäste haben Zutritt.

Aluminium-
Zinngeschirr
sowie sämtliche
Metalle und Eisen
kauft
M. Bartsch / Oderstrasse 17.
Achtung auf Haus-Nummer.

Nähmaschine
gut erhalten,
Hinterrad
mit u. ohne Freilauf
von Privat zu kaufen gesucht. Offert. unter **A. 1000** an die Geschäftsst. dieser Ztg.

Erklärung.
Ich erkläre, daß die Aussagen gegen den Genossen Bartz nicht den Tatsachen entsprechen und warne vor Weiterverbreitung.
Johann Gebulla
Lichtenau.

Deutscher Baugewerksbund
Baugewerkschaft Waldenburg.
Am Mittwoch, den 16. Mai 1923, abends ½7 Uhr, im „Gasthof zum Edelstein"
wichtige
Mitglieder-Versammlung
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Genossen tut Eure Pflicht und verbreitet Euer Partei-Organ!

Soeben neu erschienen:
Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland
Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit
von Willi Münzenberg.
Broschiert, 38 Seiten stark.
Preis 200.— Mark.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien e.G.m.b.H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

Eine ganze Bibliothek für nur 2500 Mark
erhalten Sie durch das
Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923
Es enthält alles, was man im täglichen Leben wissen muß, z. B. wichtige Reichsgesetze, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsgliederung, Kartelle, Trusts, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Reichsmietengesetz, Lohnsteuer, Bildungswesen, Valutafragen, Staatsbankrott, Indexziffern, Wirtschaftsstatistik (Preise, Löhne, Krise, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.)
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen stets hilft Ihnen schnell und sicher das
Arbeitnehmer-Jahrbuch!
In Taschen-Format gebunden
Preis 2500.— Mark.
Zu beziehen durch
Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e.G.m.b.H. Breslau, Nikolaistr. 49/50 — Abteilung Buchhandlung.

Zahle
die höchsten Preise
für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alte Gebisse
Streng reelle Bedienung.
Einkauf täglich 8—7 Uhr. F
Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis.
Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.
Kein Zahn unter 4000.— Mk.
Knopfstifte die Hälfte.
Breslau, Matthiasstr. 18 I
Th. Schade.

Achtung!
Zahle die höchsten Preise
für Alteisen, Altmetalle, Zeitung, Makulatur u. Papier
und übernehme
Maschinenabbrüche.
A. Linke
Lessingstraße 10
Telefon Ohle Nr. 6582 Nebenstelle.
Achtung auf Hausnummer.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die
Weltsprache „Esperanto"
die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und nach verwendet wird!

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei und Eisen
kauft zum Tageskurs
August Hoffmann
Rohlenhandel und Installationsgeschäft
Breslau 8, Brüderstr. 34
vorn im Laden.
Tel. R. 3095 Nebenstelle.

Der Bankerott Deutschlands!
189 Seiten stark. Preis brosch. 2000 Mk.
Deutschland — eine Kolonie?
von Dr. Eugen Paulowski.
Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:
1. Wessen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.
90 Seiten stark. Preis 1400 Mk.
Die Not der Proletarierkinder
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.
20 Seiten stark. Preis 150 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolaistraße 49/50.
Abteilung Buchhandlung.

Zahle
für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle
die höchst. Tagespreise
Genosse Kraule,
Reuschestrasse 50.

Soeben neu erschienen:
Das freie Land!
Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923
mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender
Preis 200.— Mark
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50

Neu erschienen:
Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution
35 Seiten stark
broschiert 100 M
Zu beziehen von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50 sowie alle Literaturobleute.

Soeben neu erschienen:
Spitzel.
Aus dem Sumpf der politischen Polizei.
Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 2100 M.
Das zukünftige Petrograd.
Von G. Zyperowitsch.
Broschiert, 137 Seit. stark, Preis 2100 M.
Theorie des historischen Materialismus.
Von N. Bucharin.
Broschiert, 372 Seit. stark, Pr. 13000 M.
Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e.G.m.b.H. Breslau, Nikolaistr. 49/50. Abteilung: Buchhandlung.